

Magazin der **DGB** GEWERKSCHAFTEN

Das Gewerkschaftsmagazin für politisch Aktive in der DGB-Region SüdOst Niedersachsen

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION

Themenschwerpunkt der Ausgabe



Tarifrunde Metall
Seite 12



Regen Rechts
Seite 18



Abrüsten statt aufrüsten
Seite 42



**Jung und Prekär –
Alt und Arm?!**
Seite 36



Pflege - ein Notstand
Seite 22

Inhalt

Ich wär' so gern ein Revoluzzer – eine Kolumne von Thorsten Stelzner 5
 Beteiligung stärkt Demokratie 6
100 Jahre Novemberrevolution 6-8
 IG Metall Braunschweig9-11
 Betriebsrente 12-13
 Digitalisierung auf dem Vormarsch14
 Privatisierung öffentlichen Eigentums15
 Die Pflege – ein Notstand16
 Betriebsräte bei Discountern17
 Keine Zukunft den Rechtsradikalen18
 Initiativen & Vereine 19-21



100 Jahre Novemberrevolution 22-23
 Initiativen & Vereine24-30
 100 Jahre Frauenwahlrecht31
 Gewerkschaftsjugend in Braunschweig.32-34
 Portrait August Merges35
 Jung und prekär - alt und arm?!36
 Portrait Minna Fasshauer37-38
 Zwangsteilzeit für pädagogisches und therapeutisches Fachpersonal.....39
 Initiativen & Vereine 40-43

GEWERKSCHAFTEN Impressum

DGB Region SüdOstNiedersachsen

V.i.S.d.P.: Michael Kleber
 Regiongeschäftsführer
 DGB-Region SüdOstNiedersachsen

Redaktion: Hansi Volkmann

Titelfoto: iStock

Dank: an alle Autoren und Fotografen

Anschrift: DGB Region SüdOstNiedersachsen
 Wilhelmstraße 5 | 38100 Braunschweig
 Tel.: 0531-480960
 Web: www.suedostniedersachsen.dgb.de

Auflage: 10.000 Exemplare

Verlag, Grafik, Produktion:

Mediapolis GmbH & Co. KG
 Verlag- & Presseagentur
 Geschäftsführer Maik Günther

Anschrift: An den Eschen 8b | 26129 Oldenburg
 Tel. 0441-68310201 | Mobil: 0176-83081326
 Mail: m.guenther@mediapolis-agentur.de

Fotohinweis: Alle Fotos (ohne direkten Copyrightinweis) sind von iStockphoto



Vorname: **Mehrdad**
 Name: **Payandeh**
 Alter: **57**
 Wohnort: **Hannover**
 Beruf: **Wirtschaftswissenschaftler**
 Hobby: **bei einem Glas Rotwein Musik hören**
 Lieblingsbuch: **Paradox von Philipp P. Peterson, aber auch viele andere**
 Science-Fiction-Romane
 Lieblingsmusik: **iranische Musik**
 Lieblingsessen: **mediterrane und südeuropäische Küche**

Magazin der GEWERKSCHAFTEN Solidarität ist für mich...?

Mehrdad Payandeh: ...sich gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft für alle einzusetzen.

Magazin der GEWERKSCHAFTEN Vielfalt ist für mich wichtig, weil...?

Mehrdad Payandeh:mir Offenheit und Toleranz am Herzen liegt.

Magazin der GEWERKSCHAFTEN Mit dem Begriff „Gerechtigkeit“ verbinde ich...?

Mehrdad Payandeh: ...als Ökonom den Fakt, dass gerechte Gesellschaften wirtschaftlich, sozial und politisch stabiler sind. Die wachsende soziale Schieflage gefährdet den Zusammenhalt. Wenn wir zulassen, dass Ungleichheit wächst, entsteht unter den Armen Konkurrenz - und dann wächst die Wut auf Fremde. So wird der Boden für politische Rattenfänger bereitet.

Magazin der GEWERKSCHAFTEN Mehrdad, am 3. Februar wurdest du zum DGB-Betriebsvorsitzenden Niedersachsens Bremen Sachsen-Anhalt gewählt. Was hat für dich den Ausschlag gegeben, dich zur Wahl zu stellen und von Berlin nach Hannover zu wechseln?

Mehrdad Payandeh: Ich habe in Hamburg und Bremen studiert, seit 2005 lebe ich mit meiner Familie sehr gerne in Hannover. Ich fühle mich Norddeutschland verbunden. In Berlin war ich als Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik an vielen politischen Konzepten des DGB maßgeblich beteiligt, z. B. am DGB-Marshallplan für eine Investitionsoffensive in Europa oder an den steuerpolitischen Vorschlägen des DGB. Jetzt freue ich mich darauf, Politik im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den drei Bundesländern konkret mit zu gestalten.

Magazin der GEWERKSCHAFTEN Es gibt viel zu tun und der DGB hat viele Aufgabenfelder. Welche Schwerpunkte siehst du für die nächsten vier Jahre, die wir gemeinsam angehen sollten?

Mehrdad Payandeh: Ich will mich dafür einsetzen, dass die Beschäftigten tarifliche Löhne sowie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen haben. Niedersachsen macht immer wieder negative Schlagzeilen: 42 Prozent der Beschäftigten haben unsichere Jobs, auf den Schlachthöfen werden Menschen ausgebeutet, viele finden jahrelang gar keine Arbeit mehr. Ich will mich gegenüber Arbeitgebern und der Landespolitik dafür einsetzen, dass gute Arbeit das Markenzeichen unseres Bundeslandes wird!

Magazin der GEWERKSCHAFTEN Danke für das Interview und wir wünschen dir viel Kraft und Erfolg für die zukünftige Arbeit!

VON NICHTS KOMMT NICHTS

Investitionen für Alle durch Steuergerechtigkeit!

von Mehrdad Payandeh

Deutschland, die leistungsstärkste Volkswirtschaft Europas und einer der reichsten Staaten der Welt, schiebt einen Sanierungstau von 300 Mrd. Euro vor sich her. Marode Brücken, kaputte Dächer in Schulen und Verwaltungsgebäuden, geschlossene Theater und Bibliotheken, kaum bezahlbare Wohnungen: Der gigantische Investitionsstau ist überall deutlich spürbar. Die öffentliche Infrastruktur verfällt, weil zu wenig investiert wird. Die staatlichen Nettoinvestitionen sind bereits seit 2003 im roten Bereich. Das bedeutet, das Eigentum der öffentlichen Hand geht schneller kaputt, als es repariert werden kann. Wir leben also auf Verschleiß!

Für die öffentliche Daseinsvorsorge wird insgesamt viel zu wenig Geld ausgegeben. Dies betrifft nicht nur die Investitionen in Steine, sondern alle Bereiche staatlichen Handelns. Dabei ist es für die gesellschaftliche Teilhabe und den Zusammenhalt in unserem Land elementar, dass für alle Aufgaben der öffentlichen Hand genügend Geld zur Verfügung steht, zum Beispiel für Bildungsausgaben oder für den sozialen Ausgleich in unserem Land. Dazu zählt insbesondere auch ein moderner öffentlicher Dienst. Allerdings fehlen hier bundesweit nach wie vor rund 110.000 Beschäftigte – vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Finanzverwaltung, Polizei und Bildung.

Die öffentlichen Investitionen in Niedersachsen sind seit Jahren rückläufig und haben mit 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) zuletzt einen Tiefstand erreicht. Bundesweit ist Niedersachsen mit seiner Investitionsquote gemessen am Landeshaushalt Schlusslicht. Dabei ist eindeutig: Unser Land benötigt mehr denn je einen handlungsfähigen Staat, der die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur investiert und über die Durchsetzungsmacht verfügt, auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb fordert der DGB in Niedersachsen, dass das Land durch eine Investitionsoffensive seine Anstrengungen verdoppelt, um den Sanierungstau abzubauen und gleichzeitig in die Zukunft investieren zu können.

Eine öffentliche Investitionsoffensive ist sozial sinnvoll, weil sie Wohlstand schafft. Sie ist aber auch ökonomisch sinnvoll, weil sie die Wirtschaft ankurbelt. Der Staat kann damit unmittelbar Geld verdienen, denn jede Milliarde, die der Staat zum Erhalt unserer Infrastruktur ausgibt, erzeugt zusätzlich ein Wirtschaftswachstum von wieder 1,5 Milliarden Euro. Niedersachsen braucht als starker Industrie- und Dienstleistungsstandort eine moderne Infrastruktur und eine leistungsfähige Daseinsvorsorge. Denn nur so ziehen auch die privaten Investitionen an, wächst die Wirtschaft und werden Arbeitsplätze geschaffen. Unterlassene öffentliche Investitionen hingegen beschädigen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und gefährden die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen.

Aktuell haben wir einen besonders günstigen Zeitpunkt für eine Investitionsoffensive, denn die Wirtschaft brummt und die Zinsen sind historisch niedrig. Diese minimalen Zinsaufwendungen müssen unbedingt genutzt werden, um einen Schub bei den Investitionen in Gang zu setzen. Zumal es absurd ist, dass derzeit die öffentlichen Haushalte Überschüsse erwirtschaften und wir gleichzeitig unsere Infrastruktur verkommen lassen. Wann also, wenn nicht jetzt sollen wir unsere öffentliche Infrastruktur endlich wieder auf den Stand bringen, der dem



Foto: DGB

Wohlstand entspricht, der in unserer Gesellschaft Jahr für Jahr erwirtschaftet wird?

Ein aktiver, handlungsfähiger Staat und eine Modernisierung unseres Landes gibt es nicht zum Nulltarif. Geld ist in unserer Gesellschaft reichlich vorhanden, es ist allerdings ungerecht verteilt. Deutschland ist das Land der Vermögenden: Die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Diese Reichen und Superreichen benutzen unsere gemeinsamen Straßen, Schulen, Parks und viele andere öffentliche Dienstleistungen genauso wie wir. Es wäre gerecht, wenn sie endlich ihren angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

Der DGB hat dazu auf Bundesebene unlängst Vorschläge vorgelegt. Das DGB-Steuerkonzept sieht vor, mit einem gerechteren Einkommens-teuertarif mehr als 95 Prozent aller Haushalte zu entlasten. Gleichzeitig würden die Spielräume für eine wachstumsorientierte Haushaltspolitik unter anderem durch die Einführung der Vermögenssteuer deutlich ausgeweitet. Die Umsetzung dieser Eckpunkte auf Bundes-ebene würde nicht nur für mehr steuerpolitische Gerechtigkeit sorgen, sondern auch die Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Ländern und Kommunen schaffen. Allein für Niedersachsen würde dies Mehreinnahmen von 3,8 Mrd. Euro bringen. Mehr soziale Gerechtigkeit heißt auch endlich mehr Steuergerechtigkeit! Es wird Zeit, die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand zu beenden. Denn von nichts kommt nichts.

ICH WÄR' SO GERN EIN REVOLUZZER!

Eine Kolumne
von Thorsten Stelzner

Ich wär' so gern ein Revoluzzer!" schrieb dereinst ein Facebook-Nutzer.

Und er revoluzte mutig mit
bei jedem Post und jedem Twitt!
Und er likte und er teilte,
wenn er sich zu sehr langweilte!

Ich wäre wirklich gern ein Revoluzzer!
Ich würde gern an der Spitze einer
revolutionären Bewegung stehen oder
gehen, mit Revoluzzer-Mütze und mit
Zigarre.

Und ich würde gern revolutionäre
Reden schwingen und kämpfen für
Freiheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit.
Das ist genau mein Ding! Ehrlich!

Ich wäre auch richtig gut im Formulieren von Revoluzzer-Mottos:

„Raus aus Blaumann oder Kittel, ein Ziel, ein Weg ein Mittel!“

„Die Steigerung von widerstehen ist gegengehen!“

„Wer niemals Konsequenzen zieht,
wird sie irgendwann tragen müssen!“

„Weg mit dem Wecker, wer liegen
bleibt, ist besser drauf!“

**Na ja! Aber nein!
Ich finde tatsächlich, dass
es wirklich einiges zu
revoluzzen gibt.**

Zuerst würde ich dafür revoluzzen,
dass das Pflegepersonal genau soviel
verdient wie der Kollege bei VW.

Ich würde wollen, dass alle Beschäftigten
einmal im Jahr einen fetten
Bonus erhalten, nur dafür, dass sie
überhaupt mitspielen.

Ich würde den Mindestlohn auf
50,- €/Std hochrevoluzzen, - mindestens!
Ich meine, eine Stunde meines
kostbaren Lebens, die wird doch wohl
50,- € wert sein!

Ich würde wollen, dass sich auch die
Frisöse ihre Doppelhaushälfte leisten
kann.

Ich würde eine Mindestrente festrevoluzzen,
damit man in Würde und
ohne Sorge alt werden kann.

Ich würde Leiharbeit und generell die
ganzen prekären Arbeitsverhältnisse
wegrevoluzzen. Ach was, ich würde
komplett grundlos und ohne Bedingungen
zu stellen, ein garantiertes
Einkommen einrevoluzzen.



Thorsten Stelzner

Armut würde ich damit komplett
ausrevoluzzen.

Ich würde den Wert des Menschen an
sich neu definieren - unabhängig vom
Job! Leistet ein Investmentbanker, ein
Spitzenfußballer, ein Politiker denn
wirklich mehr als ein Rettungssanitäter?

Ich würde für unsere Kinder eine
Schulreform herbeirevoluzzen, eine
ganz neue Schulform, ganz andere
Fächer, - Philosophie zum Beispiel, -
sollen sie doch erst mal fragen: „Warum,
wieso, wofür, bevor sie lernen,
unter Einfluss von Ritalin vielleicht
sogar zu funktionieren.“

Oh, die Rüstungslobby und -industrie
würde ich zerrevoluzzen (mit ihren
eigenen Waffen) und das Geld, das wir
für Rüstung ausgeben, an die Armen
und nicht an die Armeen verteilen.
Generell würde ich die Kohle der Welt
ganz anders verfeuern!
Verdammt, ich würde mich in Rage
revoluzzen!

Wenn man erst mal anfängt darüber
nachzudenken. Das hört doch nie auf.
Da wird man doch auch nie fertig
mit, mit der Revolution, das ist eine
Lebensaufgabe!

Das ist ein ständiges „Für und
gegen!“ Für Freiheit gegen Unterdrückung,
für Gleichheit gegen Rassismus,
für Nachhaltigkeit gegen Verschwendung,
für Fairness gegen Ausbeutung!
Gegen, gegen, wider und für,
immer auch wieder für! Für mehr
Menschlichkeit!

Wie soll das denn gehen?

Ja, weltfremd und naiv, so sind sie die
Revoluzzer!

Und dann schreiben sie Gedichte
und bilden sich ein, sie könnten was
bewegen ...

Richtig streiken ...

Lasst uns doch mal richtig streiken
und nicht nur auf Facebook liken,
dass uns die Idee gefällt.
Von dem Grundgedanken
– ohne Schranken –
und von 'ner gerechten Welt.

Lasst uns mal im Kalten zittern
und nicht vom warmen Sofa twittern.
„Hey, wir sind doch stets bereit,
für 'ne andere Welt zu fighten
und zu streiten
für 'ne bess're Zeit!“

Lasst uns auf die Straße gehen
und nicht nur im Display sehen,
was auf dieser Welt geschieht –
mit den Menschen an den Rändern.
Damit wir heut' etwas verändern,
vielleicht sogar mit diesem Lied.

Lasst es uns doch ausprobieren
und nicht länger diskutieren,
was hier wirklich machbar ist.
Mit vereinten Kräften – jenseits von
Geschäften – als der pure Egoist!

Lasst mich ruhig naiv erscheinen
alle die, die's von mir meinen,
haben letztlich resigniert,
leider ihren Mut verloren
und dem Streiten abgeschworen
und das Unrecht akzeptiert ...

Lasst uns wenn nötig
und das ist es immer,
so tun als käme es
ohne uns schlimmer ...

Nun gut, posten wir es auf Facebook,
- wenigstens das... Smiley, Smiley,
Daumen hoch, Applaus, Applaus!
Und teilen bitte! Ist ja nicht so, dass
wir nun gar nicht bereit wären etwas
abzugeben!

Mehr Informationen unter:
<http://dievitamine.de/>
<https://www.facebook.com/Die-Vita-Mine-1096687923679928/>

Und ich will mich selbstverständlich
nicht auf eine nationale Revolution
beschränken.

Auch die Näherin in Bangladesh soll
mit ihrem Einkommen auskommen
und mit dem Amarak ihre Kinder zur
Grundschule fahren dürfen.
Ich will auch keinen Menschen mehr
im Meer ersaufen sehen!

„Die Unterschiede sind zu groß:
Kreuzfahrtschiff und Flüchtlingsfloß!“
Irgendwie muss doch alles anders
werden!
Ich will dafür revoluzzen, dass kein
Kind mehr nach Wasser und Nahrung
anstehen muss, sollen sie lieber nach
dem neuesten pinken I-phone anstehen,
obwohl, dass will ich doch auch
nicht ...

**Eine Werterevolution
muss her! Reset!
Und alles mal auf Sinn
und Verstand, – bitte!**

Wir und ich schreibe das bewusst
kursiv, weil ich natürlich weiß, dass
es nicht allen hier gut geht, aber
von uns, denen es gut geht, denen es
wesentlich besser geht als anderen,
von uns erwarte ich, dass wir unsere
Zeit und unser Geld bewusster und
sinnvoller einsetzen.

Puh, hätte ich das nur vorher gewusst!
Das wird doch nichts! Man kann
doch nicht die ganze Welt, das ganze
System revolutionieren!

BETEILIGUNG STÄRKT DEMOKRATIE

von Ulrich Markurth

Beteiligung ist in aller Munde. Alle wollen sie: Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gewerkschaften, Politik. Das ist gut so! In der Frage, was der Einzelne darunter versteht, gehen die Meinungen schnell auseinander. Beteiligung braucht Zeit, eine sehr gute Vorbereitung und engagierte Menschen.

Beteiligung bedeutet, sich engagieren, Verantwortung zu übernehmen. In der Stadt Braunschweig trifft der Rat der Stadt alle grundsätzlichen Entscheidungen. Die Konsultation mit den Bürgerinnen und Bürger, mit Verbänden und Gewerkschaften bringt aber wichtige Ideen, Informationen und auch kritische Anmerkungen in Planungen und Sachverhalte ein und trägt somit zu einer höheren Qualität der Ergebnisse und einer breiteren Akzeptanz bei. Die Ergebnisse aus Beteiligungsverfahren fließen somit in die politische Meinungsbildung ein.

Nehmen wir das Beispiel des Stadtbahnausbaus: Es sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Stadtteilen, die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auf wichtige Wegebeziehungen, Gefahrenpunkte und vieles mehr hinweisen. Am Ende wollen und sollen die Menschen vor Ort die Stadtbahn nutzen. Deshalb werden die zahlreichen Anregungen bewertet und, soweit es möglich ist, in die Planungen integriert. Transparent wird dargestellt, was berücksichtigt werden kann und was nicht. Im Ergebnis wird eine sehr gute Planung den Nutzen für viele erhöhen.

Beteiligung fordert Kompromisse

Beteiligung stärkt wichtige demokratische Grundprinzipien: eigene Ideen formulieren, zuhören, Wertschätzung gegenüber anderen Meinungen und Kompromissfähigkeit.

Die eigenen persönlichen Interessen zu verfolgen ist legitim. Zugleich stehen die eigenen Interessen nicht über denen der Nachbarn oder des Gemeinwohls.

Voraussetzung ist immer das Gespräch miteinander. Im persönlichen Austausch schärfen wir unsere Argumente. Zugleich werden wir mit anderen Meinungen konfrontiert. Auch wenn es manchmal schwerfällt: die Meinung anderer zu respektieren und trotz unterschiedlicher Standpunkte in der Sache wertschätzend miteinander umzugehen, ist notwendige Voraussetzung für Beteiligung. Natürlich besteht der Wunsch, einen Kompromiss auszuhandeln, eine Einigung zu erzielen. Nicht immer gelingt das. Je größer die Gruppe von Menschen ist, die miteinander verhandelt, desto größer ist die Anzahl unterschiedlicher Überzeugungen und Ideen. Deshalb muss in jedem Beteiligungsverfahren klar sein, wer am Ende die Entscheidung trifft.

Foto: Stadt Braunschweig, Daniela Nielsen



Transparente Strukturen sind für die Beteiligungsverfahren von großer Bedeutung. Dafür ist die Diskussion zur Neugestaltung des Hagenmarktes ein gutes Beispiel. So ziemlich alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger kennen den Hagenmarkt und haben eine persönliche Meinung zur Gestaltung dieses zentralen Platzes in Braunschweig. Viele Gruppen und Verbände tragen ihre Vorstellungen vor. Hier werden bereits sehr unterschiedliche Interessen sichtbar. Jetzt ist es die Aufgabe der Verwaltung, mit Unterstützung externer Planerinnen und Planer, einen Kompromiss aufzuzeigen. Am Ende entscheidet der Rat der Stadt Braunschweig über das zukünftige Aussehen.

Beteiligung ist kulturelle Kompetenz

Es gibt viele Barrieren, die wir für eine möglichst breite Beteiligung überwinden müssen. Voraussetzung ist es, die gleiche Sprache zu sprechen. Deshalb ist ein wesentlicher Baustein der Integration, die deutsche Sprache zu erlernen und somit u. a. den Zugang zur Beteiligung zu erlangen. Zugleich können wir Beteiligung stärken, wenn wir in Erklärungen und Diskussionen auf eine verständliche Sprache achten und Fachausdrücke erläutern. Ziel muss es sein, nicht auszugrenzen, sondern möglichst viele einzubeziehen.

Das bedeutet auch, komplizierte Sachverhalte so einfach zu erklären, dass möglichst viele Menschen mitdiskutieren können. Nur wenn viele Beteiligte in die Lage versetzt sind, die Komplexität von Themen zu durchdringen, gelingt uns eine zufriedenstellende Meinungsbildung.

Ganz nebenbei ist es spannend und bereichernd, sich auf andere Meinungen und Zugänge zu Themen einzulassen. Wir leben nicht in einer Braunschweiger Käseglocke. Lasst uns neugierig über den Tellerand schauen, wie andere Städte und Kulturen Probleme lösen.

Regeln zu akzeptieren fällt manchmal schwer. Insbesondere in der Beteiligung sind sie aus Gründen der Transparenz und Gleichbehandlung von sehr großer Bedeutung. Das erfordert eine sehr gute Vorbereitung der Beteiligungsverfahren sowie klar strukturierte und moderierte Prozesse. Das ist einer der Gründe, warum Beteiligungsverfahren Entscheidungen nicht beschleunigen, sehr wohl aber ihre Qualität verbessern können.

Beteiligung ist ein großer gesellschaftlicher Mehrwert

Mit „Denk Deine Stadt“ diskutieren wir in Braunschweig die Schwerpunkte der sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Zukunft unserer Stadt. Der Prozess ist aufwändig, zeitintensiv und bei der Vielzahl von Anregungen und Ideen sehr komplex. Doch dieser Aufwand lohnt sich! Auf Grundlage des daraus entstehenden integrierten Stadtentwicklungskonzeptes werden in den nächsten Jahren Prioritäten gesetzt sowie finanzielle und personelle Ressourcen vergeben.

Das Mitgestalten unserer Lebenswelt und das Ringen um die besten Lösungen sind wesentliche Errungenschaften der Demokratie. In nicht demokratischen Ländern treffen intransparente und autokratische Führungssysteme alle Entscheidungen. Lasst uns deshalb unsere demokratische Streitkultur verteidigen. Bringt Euch ein. Übernehmt als Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für Eure Stadt und das Gemeinwesen.

100 JAHRE NOVEMBER-REVOLUTION

Wir wollen nicht nur Brot, wir wollen die Bäckerei
vom DGB-Arbeitskreis November-Revolution

Ausgehend vom Kieler Matrosenaufstand erfasste 1918 eine spontane Bewegung der Arbeiter- und Soldatenräte die Industriezentren. Die Monarchie war am Ende. Die bisher im Schatten stehende arbeitenden Menschen mischten sich ein. Arbeitskämpfe und Generalstreiks zeugten bis 1923 von ihrer potenziellen Macht. Die ADGB-Gewerkschaften erlebten einen stürmischen Zustrom. Rasch stieg ihre Mitgliederzahl von 966 000 auf über acht Millionen.

Das Ziel, die Räterepublik nach dem Vorbild der Pariser Commune zu errichten, wurde weder durch die Oktoberrevolution in Russland, noch mit der November-Revolution erreicht, aber die ArbeiterInnen-schaft als treibende Kraft konnte Erfolge erringen, die gewerkschaftliches Handeln bis heute begründen und prägen: die Anerkennung der Gewerkschaften und das Verbot „gelber Gewerkschaften“, der 8-Stunden-Tag, das Tarifvertragsgesetz, das Betriebsrätegesetz (von 1920); das Sozialisierungsgesetz (1919), im März 1919 die „Bekanntmachung der Reichsregierung über Sozialisierung“, die die Sofortsozialisierung des Kohlesyndikats, die Vorbereitung der Sozialisierung des Kalibergbaus und anderer Wirtschaftszweige ankündigt und feststellt: „Das Reich wird dafür sorgen, dass überall nach den Forderungen des Gemeininteresses und nirgends im kapitalistischen Profitinteresse gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus!“

Darin deutet sich schon der Charakter dieser Revolution an; denn diese Zugeständnisse (vor allem das Bekenntnis zur Sozialisierung und die Anerkennung gewerkschaftlicher Forderungen) sind zugleich Ausdruck des Widerspruchs dieser Revolution: Die Kapitalisten suchen das Bündnis mit der Gewerkschaftsführung der freien Gewerkschaften in der sogenannten „Zentralarbeitsgemeinschaftsvereinbarung“ vom 15. November 1918, um auf diese Weise weitergehende Forderungen der revolutionären Rätebewegung (nach russischem Vorbild) abzuwehren. Die Gewerkschaftsspitzen fühlten sich nach der Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern (ZAG) als „Sozialpartner auf Augenhöhe“.

Sinn und Zweck dieser ZAG umriss der Stahlmanager Jakob Reichert Ende 1918. „Es kam darauf an: Wie kann man das Unternehmertum von der Sozialisierung, Verstaatlichung und nahenden Revolution bewahren... Angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur in der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen: die Gewerkschaften.“

Mit dem am 15. November 1918 unterzeichneten Stinnes-Legien-Ab-

kommen, benannt nach den beiden Verhandlungsführern Hugo Stinnes und Carl Legien, wurden alte gewerkschaftliche Forderungen verwirklicht. Die Unternehmer erkannten die Gewerkschaften erstmals als berufene Vertretung der Arbeiterschaft und als gleichberechtigte Tarifpartner an. Der Bildung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten wurde ebenso zugestimmt wie der Einführung des 8-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich.

Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrende Arbeitnehmer hatten Anspruch auf ihren früheren Arbeitsplatz. Zudem verpflichteten sich die Arbeitgeber, die von ihnen als Konkurrenz zu den Gewerkschaften geförderten unternehmerfreundlichen „Werkvereine“ nicht länger zu unterstützen.

Als Gegenleistung erkannten die Gewerkschaften, die während des Ersten Weltkriegs zur größten Massenorganisation in Deutschland herangewachsen waren, die Unternehmerorganisationen an. Der von der politischen Linken wie dem Spartakusbund geforderten Vergesellschaftung der Produktionsmittel wurde damit eine Absage erteilt. Den organisatorischen Rahmen zukünftiger Kooperation sollte die aus Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern paritätisch besetzte Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) bilden. Diese stellte für die Unternehmerverbände jedoch von Anfang an weniger eine Allianz als ein Zweckbündnis dar.

Die Gewerkschaftsspitze hatte gehofft, dass die neue „Sozialpartnerschaft“ ewig halten würde. Sie betrachtete Arbeiterräte und den Ruf nach Sozialisierung der Betriebe mit Argwohn. Dabei hätte eine direkte Demokratie mit einer vergesellschafteten Wirtschaft die Erregenschaften der Revolution abgesichert. Denn dankbar waren die Eliten nicht. Nach dem Sieg der Konterrevolution wurden ab 1923 die Reformen beseitigt. Der Faschismus zerschlug später im Interesse des Kapitals die Arbeiterbewegung.

Auch die heutige Form der betrieblichen Mitbestimmung über Betriebsräte ist kein Ausdruck »sozialpartnerschaftlicher Vernunft«, sondern letztlich ein Nebenprodukt der Rätebewegung. Schon die Geburt des ersten Betriebsrätegesetzes 1920 stand im Zeichen eines Blutbads, als die preußische Polizei vor dem Reichstag in die unbewaffnete Menge schoss. 100 000 Berliner Arbeiter forderten für die Betriebsräte volles Kontrollrecht über die Betriebsführung statt begrenzter Mitwirkung. Wer aus der Geschichte lernen will, muss weiter denken: Mitbestimmung verteidigen, Selbstbestimmung erkämpfen! Wir wollen nicht nur ein Stück Brot, sondern die ganze Bäckerei!

Foto: Waldemar Grunwald



100 JAHRE NOVEMBER-REVOLUTION

Die Geburt der Demokratie
vom DGB-Arbeitskreis November-Revolution

Vor 100 Jahren entwickelten sich in Braunschweig und anderswo Ereignisse, die in Deutschland zu gravierenden Veränderungen der politischen Verhältnisse führen sollten. Diese Ereignisse sind weitgehend in den Hintergrund des kollektiven Bewusstseins getreten – sie liegen im „Schatten der Erinnerungskultur“.

Es ist daher wichtig daran zu erinnern, dass vor 100 Jahren vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis dahin eine benachteiligte soziale Klasse in einem aristokratischen Obrigkeitsstaat waren, als Subjekt der Geschichte hervortraten und das Fundament für die erste Demokratie in Deutschland legten. Da viele Ergebnisse dieser Revolution erstmals in der Geschichte Deutschlands eine Reihe von Grundrechten durchgesetzt haben, die für unser heutiges Demokratieverständnis von Bedeutung sind, besteht die Erinnerung an die Ereignisse von 1918 nicht nur als ein historischer Rückblick, sondern auch als eine Beitrag für die kontinuierlich zu führende Debatte darüber, welche Charakteristika für unsere Demokratie prägend und wie sie zu bewahren oder zu erreichen sind.

Obwohl die Arbeiterbewegung – einschließlich der aus Arbeiterfamilien stammenden Matrosen und Soldaten – weitgehend die politischen und sozialen Umwälzungen vorantrieben, nimmt die Revolution in Deutschland 1918 / 1919 im nationalen kulturellen Gedächtnis nur einen relativ geringen Raum ein.

Und obwohl die November-Revolution von 1918 in Deutschland und insbesondere in Braunschweig – verglichen mit den Ereignissen in anderen Ländern dieser Zeit – zunächst weniger blutig zu verlaufen schien, gehört sie immer noch zu den umstrittensten Ereignissen der neueren deutschen Geschichte.

Enthusiastisch bezeichnete einer der bekanntesten Redakteure jener Zeit, Theodor Wolff, Chefredakteur des Berliner Tageblatts, bereits einen Tag später, am 10. November 1918, die Ereignisse als die „größte aller Revolutionen“.

Dennoch ist aus diesem Befreiungsschlag kein Gründungsmythos erwachsen, der dem Fundament für die Weimarer, die Bonner oder die Berliner Republik zugrunde gelegen hätte. Auch Historiker streiten nach wie vor über die Bedeutung der deutschen Revolution von 1918/19. Als umstritten gilt die Revolution vor allem aufgrund ihres wichtigsten Ergebnisses: nämlich der kurze Bestand der parlamentarischen Demokratie, die letztlich zerstört und in einen diktatorischen „Führerstaat“ umgewandelt wurde. Das Scheitern der Weimarer Republik führt seither zu der Frage, inwieweit die Ursachen dieses Scheiterns bereits in der Entstehungsgeschichte der ersten deutschen Demokratie zu lokalisieren sind und inwieweit die Deutschen 1918/19 zu wenig Revolution gewagt hätten.

Auch wenn der 09. November 1918 als Zäsur für den politischen Systemwechsel in Deutschland beschrieben wird, so bezeichnet das Datum nicht nur den Schlussakt in einem mörderischen Weltkrieg, der die bisherige europäische Staatenordnung nach 43 kriegsfreien Jahren aufgelöst hat, sondern auch – jedenfalls in unserer Rückbetrachtung – den Auftakt eines „Zeitalters der Extreme“, das von dem noch blutigeren Zweiten Weltkrieg gekennzeichnet war.

Die November-Revolution ist dabei nicht auf den Tag konzentriert,



Foto: Maik Matthias, Maik Neumann (www.d-welt.de)

denn der 09. November gilt als Auftakt eines längeren Prozesses, der sich über mehrere Monate erstreckte. Außerdem hatten die Ereignisse des 09. November eine Vorgeschichte, in der die revolutionäre Bewegung „herangereift“ war.

Die November-Revolution 1918 ist in Staat und Gesellschaft gekennzeichnet von Umwälzungen, die mehrere Gründe haben:

- die schweren Belastungen der Bevölkerung, wobei nicht nur die Arbeiterfamilien, sondern auch Beamte und Angestellte eines Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen mussten;
- die Verteuerung von Lebensmitteln bei gleichzeitiger Senkung der Reallöhne;
- die Verlängerung der Arbeitszeiten und die – vor allem in Rüstungsbetrieben – Aufhebung von Arbeitsschutzbestimmungen;
- der Mangel an Nahrungsmitteln, die – wenn überhaupt – nur noch auf dem Schwarzmarkt zu überhöhten Preisen erhältlich waren;
- die sichtbar ungerechte Verteilung an Lebensmitteln, wobei sich der Unmut vor allem gegenüber der Bevorzugung der Privilegierten und Herrschenden laut wurde;
- die brutalen – teilweise mit Säbelhieben geführten – Polizeiattacken auf Demonstranten
- die Erschöpfung und Demotivation der Soldaten, sich noch länger in einem sinnlosen Krieg, der – zunehmend erkennbar – kein Verteidigungskrieg war, verheizen zu lassen;
- schließlich die militärische Niederlage nach einem jahrelangen Krieg mit Millionen von Toten und Verstümmelten sowie
- die in Deutschland selbst 750.000 vor Hunger, Erschöpfung und geschwächten Immunsystem verstorbenen Zivilisten, darunter viele Kinder.

Den heutigen Betrachtern mögen heute viele Verhältnisse und Geschehnisse von damals in Politik und Wirtschaft sowie im Alltag nostalgisch und überholt oder befremdlich und beunruhigend erscheinen, sie entsprechen jedoch den vielen Berichten und Schilderungen von Zeitzeugen und zeitgenössischen Dokumenten.

100 JAHRE NOVEMBER-REVOLUTION

Von Zeit zu Zeit: 8-Stunden-Tag wird 100 Jahre
von Stephan Krull

Der 8-Stunden-Tag ist eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung. Vor fast 200 Jahren durch den frühen Sozialisten Robert Owen erstmals laut erhoben, durch die britische und amerikanische Gewerkschaftsbewegung vorangetrieben, wurde er in Deutschland vor fast 100 Jahren zum seither gültigen Gesetz. Dazwischen lagen kleine Erfolge und blutige Niederlagen. Der Streik von 90.000 Arbeiterinnen und Arbeitern für den 8-Stunden-Tag am 1. Mai 1886 in Chicago endete mit einem Massaker auf dem Haymarket. Seither steht der 1. Mai nicht nur für die Internationalität der Forderungen der Gewerkschaften, sondern eben auch für die Verkürzung der Zeit für Lohnarbeit.

In Deutschland hat der Rat der Volksbeauftragten als eine der ersten Maßnahmen der November-Revolution 1918 eine Arbeitszeitordnung erlassen, in der der 8-Stunden-Tag zum Gesetz erhoben wurde. Gemeint ist damit eine Arbeitszeit (ohne Anrechnung der Pausen- und der Wegezeit) von 8 Stunden an sechs Werktagen von Montag bis Samstag. Bis heute ist im deutschen Arbeitszeitgesetz diese 48-Stunden-Woche festgeschrieben, während zum Beispiel in Frankreich die 35-Stunden-Woche als gesetzliche Grenze festgelegt wurde. Dem Gesetz von 1918 folgten viele Versuche der Arbeitgeber, die Arbeitszeit wieder zu verlängern – am erfolgreichsten in der Rüstungsproduktion der NS-Zeit mit bis zu 70 Stunden pro Woche. Der Beschluss der Konvention Nr. 47 der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) vom April 1935 zur Umsetzung der allgemeinen 40-Stunden-Woche wurde so von der Kriegsmaschine niedergewalzt.

Als ein Ausdruck der relativen Stärke der Gewerkschaften und der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg wurde in den 1960er Jahren die 40-Stunden-Woche und in den 1990er Jahren partiell die 35-Stunden-Woche eingeführt – allerdings nie auf gesetzlicher Basis, immer nur auf tariflicher Basis als Vertrag zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Ändern sich die Kräfteverhältnisse, kann jederzeit ein Rückfall in die 48-Stunden-Woche erfolgen, erweitert noch durch die mögliche Ausdehnung auf den 10-Stunden-Tag.

Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass ArbeitnehmerInnen in Deutschland jährlich etwa zwei Milliarden Überstunden leisten, davon die Hälfte ohne zusätzliche Vergütung. So liegt die tatsächliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten deutlich über 40 Stunden pro Woche. Ausgedehnte Nacht- und Wochenendarbeit verstärken den Druck, die physische und psychische Belastung durch lange Arbeitszeiten.



Foto: Jürgen Schrader / DGB BS

Alles hat seine Zeit! Bevor das Gesetz zum 8-Stunden-Tag hundert Jahre alt wird, sollte es auch in Deutschland zu Grabe getragen werden – es hat seine Schuldigkeit getan. Eine fröhliche Beerdigung des 8-Stunden-Tages und der 48-Stunden-Woche vor dem Bundestag, wenn dieser auf Antrag der Linken und mit Stimmen aller gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten ein neues Arbeitszeitgesetz beschließt: Die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit wird auf sechs Stunden, die wöchentliche durchschnittliche Arbeitszeit auf 35 Stunden gesetzlich begrenzt; die Gewerkschaften können aufgrund der annähernden Vollbeschäftigung einen vollen Lohnausgleich durchsetzen. Viele Menschen, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten, können ihre Arbeitszeit verlängern; niemand muss sich mehr krank oder gar zu Tode schuften.

Als Mitte der 1990er Jahre als Reaktion auf die Krise bei Volkswagen in Wolfsburg die 28,8-Stunden-Woche beziehungsweise die 4-Tage-Woche umgesetzt wurde, lebten die Menschen und lebte die ganze Stadt auf. Väter und Mütter hatten mehr Zeit für sich und ihre Kinder, Sport- und Gesangsvereine erblühten wieder, die Straßen, Plätze und Cafés belebten sich, selbst die Büchereien erlebten einen Aufschwung. Mehr Zeit zum Leben, Lieben und Lachen, mehr Zeit für Muße, für Bildung, für Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben – das war und bleibt Ziel der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. Der bevorstehende hundertste »Geburtstag« des 8-Stunden-Tages ist ein guter Anlass, den nächsten großen Schritt einzuleiten. Dem 8-Stunden-Tag werden wir dann nicht nachtrauern, sondern ihn als Schritt auf dem Weg zu einer menschlichen Gesellschaft in Erinnerung behalten.

Erschienen in Ossietzky 14/2015

Foto: Waldemar Grunwald



Foto: P. Frank (www.d-welt.de)

MEHR GELD UND MEHR SELBSTBESTIMMUNG BEI DER ARBEITSZEIT

Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie

Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie haben richtig was geschafft: Einen wichtigen Tarifabschluss, der deutliche Entgeltsteigerungen beinhaltet, die Mög-

lichkeit von mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten und eine soziale Komponente für die unteren Entgeltgruppen vorsieht. Zustande gekommen ist dieser Tarifvertrag vor allem durch die hohe Bereitschaft der

Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Allein in Braunschweig beteiligten sich während der Tarifrunde knapp 2200 Beschäftigte aus 8 Betrieben an halbständigen Warnstreiks, einer zentralen Kundgebung vor dem Hauptbahnhof und einem 24-Stunden-Streik bei Zollern BHW in der Alten Leipziger Straße.

Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie erhalten ab April 4,3 Prozent mehr Geld und ab 2019 ein tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgelt. Beschäftigte mit Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen oder in Schichtarbeit können das tarifliche Zusatzgeld in zusätzliche freie Tage umwandeln. Außerdem erhalten alle Beschäftigten einen Anspruch, ihre Arbeitszeit befristet auf bis zu 28 Stunden pro Woche für bis zu 24 Monate zu verkürzen. Der Tarifvertrag sieht weiter eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für die Monate Januar bis März 2018 vor sowie einen Festbetrag von 400 Euro, der spätestens im Juli 2019 fällig wird. Ab 2020 wird der Festbetrag tarifdynamisch in das Volumen des tariflichen Zusatzgelds einfließen. Davon profitieren insbesondere untere Entgeltgruppen. Der Tarifvertrag läuft bis 31. März 2020.



DIE IG METALL BRAUNSCHWEIG stellt sich vor

Die Industriestruktur der Geschäftsstelle Braunschweig ist vor allem durch die Automobilindustrie, den Maschinenbau und die Elektroindustrie geprägt und in den Orten und Gemeinden in und um Braunschweig, Helmstedt und Wolfenbüttel aktiv. Die größten Betriebe sind mit über 7.000 Beschäftigten VW Financial Services und die Volkswagen AG; bei der auch rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen der VW-Tochter Volkswagen Group Services (ehemals AutoVision) arbeiten.

Die Siemens AG beschäftigt in Braunschweig rund 3.500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Maschinen- und Anlagenbau hat in Braunschweig Tradition: Die Bühler GmbH mit rund 550 Beschäftigten, Zollern BHW mit knapp 300 und die Braunschweigische Maschinenbauanstalt mit 450 Beschäftigten gehören zu dieser Branche. Hinzu kommen in Wolfenbüttel MKN mit über 500 und AGCO sowie Ficosa mit rund 200 Beschäftigten. Der Holz- und Kunststoffbereich ist



v.l.n.r. Waldemar Drosdzioł (FSAG), Olaf-Michael Seeliger (Bühler), Michael Steffens (Autohaus Rosier), Ronald Owczarek (Siemens), Thilo Kondermann (Schimmel), Udo Vogel (MKN), Petra Reinheimer (FSAG), Mark Seeger (VW), Garnet Alps (IGM), Mathias Möreke (VW), Eva Stassek (IGM), Lutz Bertram (BMA), Martin Grun (Zollern BHW) und Uwe Fritsch (VW)

Foto: Taylor

mit 200 Beschäftigten vertreten. Das Handwerk ist ebenfalls ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die Verwaltungsstelle Braunschweig hat über 20.000 Mitglieder.

--- Anzeige ---

Die IT steuert Ihre Unternehmensprozesse?
Lassen Sie lieber die Unternehmensprozesse Ihre IT steuern.
Wir unterstützen Sie gern und sichern Ihre Zukunft.

Die Ergebnisspezialisten

ckcg group



Fotos: IGM Senioren BS

DER SENIORENAUSSCHUSS DER IG METALL BRAUNSCHWEIG stellt sich vor

Dem Seniorenausschuss der IG Metall Braunschweig gehören 11 Kolleginnen und Kollegen an. Der Ausschuss trifft sich einmal im Monat.

Die Leitung bildet der 1. Vorsitzende Wolfgang Weiss (der auch der Ortsverwaltung beigeordnet ist) zusammen mit Jürgen Schrader und Manfred Müller. Der Kollege Horst Neumann vertritt uns im AGA (Ausschuss für außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit) auf Bezirksebene. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den DBG-Senioren sowie dem Seniorenrat der Stadt Braunschweig.

Ein besonderes Highlight ist die jährliche Seniorenfahrt. Die Planung und Durchführung liegt in den Händen von Christa Bader-Zache und Rolf Löhr.

Der Kreativclub der IGM-Senioren hat 2018 seine 20-Jahr-Feier. Das Ziel ist es, Mitglieder nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben weiterhin an ihre Gewerkschaft zu binden. Die Kreativ-Senioren treffen sich einmal im Monat in der Gartenkantine „Gunther“.

Das Jahresprogramm der IGM-Kreativ-Senioren bietet viele interessante Veranstaltungen, zum Beispiel: Betriebsbesichtigung, Wanderungen, Radtouren, Stadtbesichtigungen, Grillfeste, Vorträge zur Renten- oder Krankenversicherung sowie die Karneval- und die Jahresabschlussfeier.

Die AG Soziales wird von Christa Bader-Zache geleitet. Sie besteht aus 15 Teilnehmern und widmet sich sozialpolitischen Themen.

Die AG Kreativ-Singers runden das Programm ab. Sie üben einmal im Monat, obwohl dies nicht nötig erscheint bei den guten Stimmen.



BETRIEBSRENTE

bei Volkswagen und VW Group Services deutlich ausgebaut

von Mark Seeger, Vertrauenskörperleiter
Jörg Köther, Fachreferent des Betriebsrates

Die Rentenreformen der Vergangenheit haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Probleme für heutige und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt. Das ursprüngliche Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung bestand darin, dass die Versicherten im Rentenalter ihren Lebensstandard aufrechterhalten können. Doch die Situation heute ist eine andere. Selbst der sogenannte »Standardrentner« wird bis 2030 durch die systematische Absenkung des Rentenniveaus gefährlich nah an die Armutsschwelle von derzeit 970 EUR gedrückt.“ (IG Metall Themenheft „Gute Arbeit – gut in Rente“)

Aktuell bekommt der sogenannte „Standardrentner“ eine Bruttorente von 1370 Euro brutto. Dazu muss dieser in den vergangenen 45 Jahren in jedem Jahr im Durchschnitt aller Beschäftigten verdient haben. Das waren 3022 Euro pro Monat im Jahr 2016 bzw. 36.267 Euro aufs Jahr. Der tatsächliche Durchschnittsrentner muss mit Altersbezüge von rund 1000 Euro auskommen. Das liegt knapp über der Armutsgrenze.

Um auch im Alter in Anstand und Würde leben zu können, muss sich etwas in der gesetzlichen Rente verändern. Das Rentenniveau muss stabilisiert und wieder erhöht werden. Die IG Metall hat hierzu zahlreiche Vorschläge gemacht.

Bei Volkswagen hat die IG Metall schon vor zwei Jahren eine Diskussion zum Problem des sinkenden Rentenniveaus und der damit drohenden Altersarmut angestoßen. Im Kern geht es darum, sowohl die gesetzlichen Renten- und Sozialsysteme als auch die betriebliche Altersvorsorge zu stärken.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse machen aber eine Reform der gesetzlichen Rente im Interesse von Beschäftigten und Rentnern wenig aussichtsreich, so dass die Verbesserungsvorschläge der IG Metall absehbar keine großen Chancen auf Durchsetzung haben.

Nicht zuletzt deshalb hat die IG Metall in der vergangenen Tarifrunde



Fotos: DGB Stadtverband Braunschweig

de bei Volkswagen den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge auf die Agenda gesetzt.

Auch die Betriebsrenten bei Volkswagen stehen unter Druck. Auch den künftigen Werksrentnern drohen wegen der sinkenden gesetzlichen Renten und der zugleich sinkenden Bezüge aus der betrieblichen Altersversorgung nicht mehr ausreichende Alterseinkommen.

Die Sorge über ein nicht ausreichendes Alterseinkommen bei vielen Beschäftigten nimmt zu, wenn man bedenkt, dass viele der übernommenen Leiharbeiter vorher Zeiten von Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung hinter sich haben.

Ein Blick auf die Kolleginnen und Kollegen bei der Volkswagen Group Services (ehemals Autovision) mit ihren deutlich niedrigeren Entgelten und keiner vom Arbeitgeber finanzierten Altersvorsorge verstärkt ebenfalls den allgemeinen Handlungsdruck.

Bevor die Forderung zur Tarifrunde 2018 bei Volkswagen und Volkswagen Group Services aufgestellt wurde, wurde die Befragung der IG Metall von Anfang 2017 kritisch reflektiert. Hier spielte die Frage nach der betrieblichen Altersvorsorge eine große Rolle. Der Aussage „Das Rentenniveau muss stabilisiert und mittelfristig erhöht werden, auch wenn dadurch die Beiträge von Arbeitgebern und Beschäftigten zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen.“ stimmten 88% (Volkswagen Group Services 85%) zu bzw. eher zu. Die Befragten waren sich einig, dass eine private Vorsorge die entstehende Lücke zwischen letzten Entgelt und Rente nicht schließen kann. Anders als die KollegInnen bei Volkswagen stimmten mit über 70% deutlich mehr KollegInnen der Volkswagen Group Services dieser Aussage zu. Dies hat nicht zuletzt mit den niedrigeren Entgelten in der Volkswagen Group Services und der Sorge um ein auskömmliches Leben im Alter zu tun. Ähnlich viel Zustimmung gab es für die Aussage „Beschäftigte sollen Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge haben.“

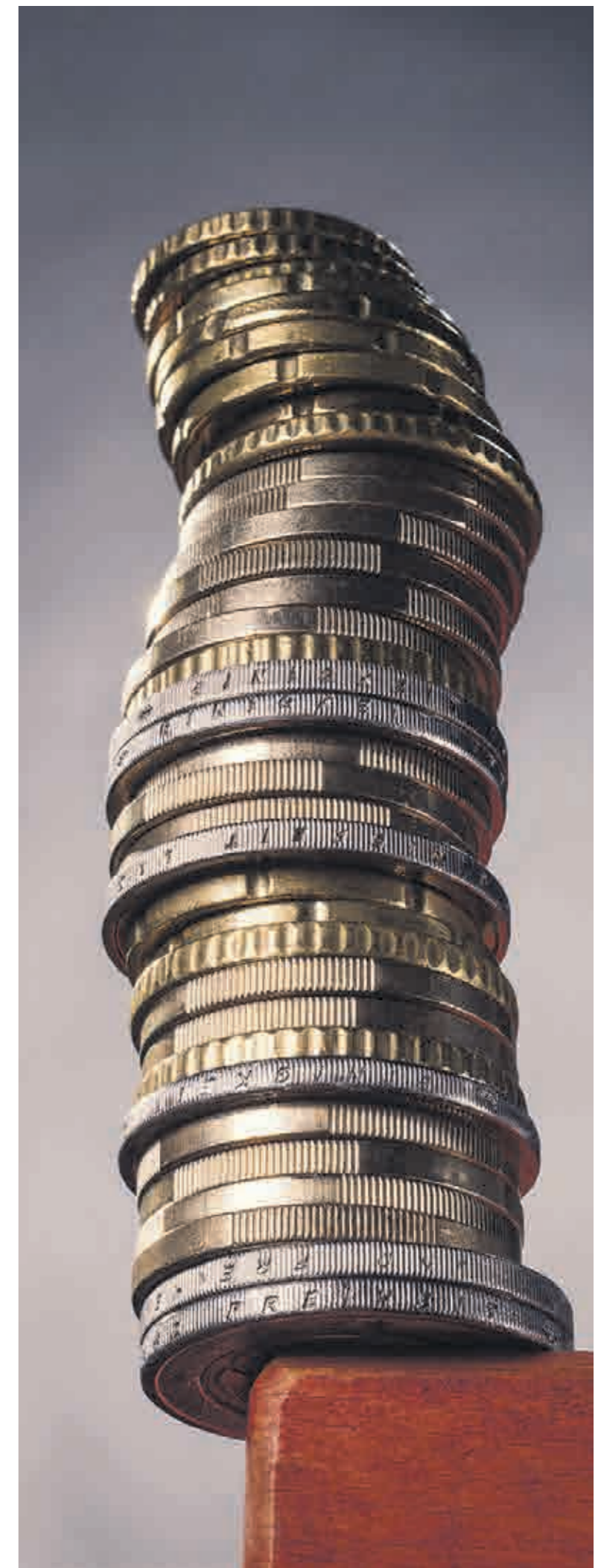
Die Befragung und die betriebliche Diskussion über die Altersvorsorge führten zur Schwerpunktsetzung für die Tarifrunde. Der Forderungsschwerpunkt wurde, anders als in der Metall- und Elektroindustrie, auf den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge gesetzt. Was uns als IG Metall in der letzten Tarifrunde nicht geglückt war, sollte nun mit einer eigenen Forderung umgesetzt werden.

Die Beschäftigtenbefragung des Gesamtbetriebsrats Ende des letzten Jahres untermauerte die Forderung zusätzlich, zeigt allerdings auch ein differenziertes Bild. Auf den Satz „Mir ist wichtig, dass ein Teil der künftigen Tariferhöhungen in unsere betriebliche Altersvorsorge eingebracht wird“, stimmt die Mehrheit der Beschäftigten voll und ganz beziehungsweise überwiegend zu. Allerdings stimmen rund 27 Prozent weniger zu und gut 17 Prozent überhaupt nicht.

Mit dem Tarifabschluss bei Volkswagen im Februar 2018 ist die betriebliche Altersvorsorge nachhaltig gestärkt worden. Bei der Volkswagen Group Services ist mit der Übertragung des Tarifabschlusses der Einstieg in die arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge gelungen. Ein Riesenerfolg!

Fazit

Der Erfolg im Kampf um die betriebliche Altersvorsorge darf nicht über die nach wie vor notwendige Rentenreform hinwegtäuschen. Das Rentenniveau wird perspektivisch weiter sinken. Damit ist Altersarmut für einen Großteil der Beschäftigten vorprogrammiert, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge bei Volkswagen ist ein wichtiger Schritt, es muss aber weitergehen.



DIGITALISIERUNG AUF DEM VORMARSCH.

Die neue Mitarbeiterin: Ein Algorithmus?

von Sebastian Wertmüller / verdi

Auch wenn es keiner mehr hören kann oder hören will: Die Digitalisierung schreitet in Riesenschritten voran. Das betrifft nicht nur die Industrie, sondern ganz massiv auch die Dienstleistungsberufe. Da finden die Umstrukturierungen zum Teil schon jetzt statt.

Informationstechnik erobert die Dienstleistungen

Dunkelverarbeitung in der Versicherungswirtschaft führt dazu, dass ganze Vorgänge (Schadensfälle o. ä.) voll automatisiert bearbeitet werden, ohne dass ein/e Beschäftigte/r je einen Blick darauf wirft.

Head-Mounted Display oder besser „Datenbrillen“ präsentieren Bilder auf einen augennahen Bildschirm oder direkt auf die Netzhaut. Bei der Arbeit in Lagern ersetzt das den Scan-Computer am Arm. So kann in Echtzeit die Arbeit kontrolliert werden und alle Anweisungen, wo was zu finden ist, kommen direkt an.

Der Einzelhandel verabschiedet sich von der Kassiererin: Amazon macht's vor, der erste Laden komplett ohne Kassen wurde im Januar in Seattle (USA) eröffnet.

Das autonome Fahren sorgt für Wirbel, im Gütertransport und im Schienenverkehr kündigt sich der nächste Rationalisierungsschub an.

Auch die öffentliche Verwaltung wird nicht außen vor bleiben: Unter dem Stichwort E-Government finden sich viele Projekte, die die Verwaltung neu ausrichten.

In den Krankenhäusern wird die elektronische Patientenakte den Arbeitsalltag weiter verändern. Computerassistiertes Operieren ist jetzt schon möglich. Outsourcing wird weiter um sich greifen.

Und die Arbeitsplätze?

All diese Prozesse verändern die Arbeitswelt – schon jetzt: Arbeitsvorgänge, die durch Rechner ersetzbar sind, werden weniger und brauchen weniger Menschen. Dafür entstehen neue Jobs: Sehr viele im Bereich IT und IT-Sicherheit und sehr viele in den Bereichen Altenpflege und auch in der Krankenpflege. Die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten (Homeoffice) werden mehr und es kann auch ganz neue Geschäftsfelder geben, von den wir heute noch gar nichts wissen.



Foto: Jürgen Schrader / DGB BS

Es stellen sich aber viele Fragen, wie beispielsweise beim Datenschutz: Jeder Vorgang, in den ein Computer einbezogen ist, wird gespeichert. Leistungs- und Verhaltenskontrolle bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern drohen zuzunehmen.

Bei vielen Kolleginnen und Kollegen rufen die Veränderungen Befürchtungen hervor. Nicht für alle Menschen klingen die Botschaften der modernen Welt hoffnungsfroh. Viele stellen sich Fragen: Ist mein Arbeitsplatz sicher? Komme ich mit den technologischen Veränderungen klar? Muss ich mehr arbeiten? Schaffe ich das? Muss ich immer wieder neu lernen? Was ist, wenn ich nicht mitkomme?

Handwerkszeug für Betriebsräte

Betriebsräte und Personalräte sind da ganz besonders gefordert. Workshops der ver.di-Aktiven in Braunschweig und Göttingen haben das deutlich gemacht: Sie benötigen Zuarbeit und Unterstützung, sie brauchen Qualifizierung und manchmal ist auch der Gesetzgeber gefragt.

Das ver.di-Bildungswerk in Niedersachsen hat jetzt in einem groß angelegten Projekt mit Mitteln des Landes in Lüneburg aktuelle Materialien für die Betriebsratsarbeit entwickelt. In vier Broschüren finden sich Handlungsempfehlungen, Qualifizierungsformate, ein „Instrumentenmanual“ (man könnte auch Handbuch sagen) und praktische Hinweise für die Betriebsratsarbeit. Wer mehr wissen oder bestellen will, wendet sich an das Bildungswerk in Lüneburg: www.bw-verdi.de/vor-ort/lueneburg

Foto: Maik Matthias, Maik Neumann (www.d-welt.de)



MEISTER DER PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS

Braunschweiger – kein Abschied von Privatisierungen

von Sebastian Wertmüller / verdi

Seit 1994, seit dem ersten Vertrag über die Verbrennung von Restabfällen ist die Stadt dabei, Dienstleistungen durch Private erbringen zu lassen:

- 2000: Verkauf von 49 % der Stadtreinigung an Alba (2004 dann Verkauf der anderen 51 %)
- 2002: Verkauf von 74,9 % der Braunschweiger Versorgungs AG (Strom, Gas, Wasser, Fernwärme) an TXU (und dann nach der Pleite von TXU 2004 an Veolia)
- 2002: Verkauf von 56 % der GWK-Wohnbaugesellschaft an LEG Schleswig-Holstein
- 2005: Verkauf des Seniorenzentrums Rosenäckern an die Stiftung St. Thomaehof
- 2005: Verkauf der Stadtentwässerung an Veolia
- 2005: Privatisierung der Ampeln und Straßenlaternen an das Unternehmen Bellis (Siemens/Veolia)
- 2011: PPP*-Verfahren zur Sanierung und Unterhaltung von neun Schulen, drei Kindertagesstätten und zwei Schulsporthallen, Vergabe an Hochtief
- 2014: Verkauf des Krematoriums an eine Bietergemeinschaft Braunschweiger Bestatter
- 2017: Im Februar Grundsatzbeschluss über ein neues Schul-PPP
- Dazu kommen noch die outgesourceten Bereiche des städtischen Klinikums: Reinigung, Bistro, Wäsche, die von Dritten betrieben werden.

Und die Folgen?

Einher ging dieser Kurs mit Personalabbau in der Verwaltung, mit dem Verlust von Kompetenzen und Qualifikationen. Für die Beschäftigten der verkauften Gesellschaften hatte und hat das ebenfalls Folgen: So werden die Reinemachekräfte des Klinikums nicht nach den Tarifen des öffentlichen Dienstes sondern nur nach dem Mindestlohn des Reinigungsgewerbes bezahlt.

Auch die Beschäftigten von PPP-Gesellschaften werden meist schlechter bezahlt als ihre Kollegen/innen im öffentlichen Dienst.

Der Verlust an Steuerungsfähigkeit in Fragen der Daseinsvorsorge durch die Stadt und ihre gewählten Vertreter/innen kommt dazu.

Jetzt im Januar hat eine externe Untersu-



Foto: Jürgen Schrader / DGB BS

chung der Stadt ergeben, dass die Bauverwaltung mindestens 40 Stellen schaffen muss, um arbeitsfähig zu bleiben!

Das ist das Erbe einer jahrelangen Sparpolitik im Rathaus, man hat zu wenig Menschen an Bord, um alle Aufgaben zu erledigen. Überall muss gebaut werden, werden Genehmigungen beantragt, müssen öffentliche Mittel verplant werden. Aber das Personal dazu gibt es nicht mehr.

30 Jahre Privatisierung und kein Ende

Aber sage niemand, die Stadt bleibe ihren Grundsätzen nicht treu: Im neuen Organisationsplan der Bauverwaltung ist dann gleich ein PPP-Büro vorgesehen. So ist gesichert, dass aus dem Weg der Privatisierung nicht ausgestiegen wird.

So soll die Stadthalle in einem PPP-Modell saniert werden. Beraten wurde die Stadt dabei passenderweise von „Partnerschaft Deutsch-

land“, einer öffentlichen Gesellschaft, an der die Bauwirtschaft beteiligt ist und die PPP-Lobbyarbeit betreibt.

Während in anderen Kommunen Privatisierungen zum Teil rückabgewickelt werden, weil sie sich nicht rechnen und weil sie Steuerungsfähigkeit der Städte beschränken, bleibt Braunschweig auf Spur.

Es scheint höchste Zeit für eine öffentliche Debatte über den bisherigen und den zukünftigen Weg zu sein.

Ich danke Udo Sommerfeld für seine Hinweise auf die einzelnen Verkäufe.

*PPP steht für Public-private-Partnership, auch öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) ist eine Form der Teilprivatisierung, wobei der private Partner die Verantwortung für die Leistung übernimmt und die öffentliche Hand dafür zahlt. Die öffentliche Hand erwartet dabei eine Entlastung der Haushalte, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt. Ein Trugschluss, wie sich häufig herausstellt.

DIE PFLEGE – EIN NOTSTAND

Mit der Pflegekammer gegen den Pflegenotstand?

von Sebastian Wertmüller /verdi

Sie kommt – die Pflegekammer Niedersachsen, so wie sie der alte rot-grüne Landtag auf den Weg gebracht hat. „Anfang des Jahres 2018 können damit die Heilberufe in der Pflege die Zukunft der Pflege selbst wählen.“ So das Versprechen auf der Homepage der Niedersächsischen Pflegekammer.

Es gibt viele Probleme in der Altenpflege in Niedersachsen: Fachkräfte fehlen, die Bezahlung ist schlecht und die Arbeitsbedingungen hart, die Fluktuation unter den Pflegenden ist groß. Die Pflegebedürftigen in den Heimen leiden darunter, dass die Beschäftigten kaum Zeit haben und von einem Zimmer zum nächsten hetzen. In der ambulanten Pflege sieht es kaum besser aus. Der Begriff Pflegenotstand bringt es auf den Punkt – und das nicht erst seit heute. Pflegekräfte in Niedersachsen werden ganz besonders schlecht bezahlt: Ihr Einkommen liegt mehrere 100 Euro unter dem ihrer Berufskollegen/innen in Nordrhein-Westfalen. Bei den westlichen Bundesländern hat Niedersachsen als Schlusslicht bei den Gehältern die rote Laterne (im Durchschnitt 2.209,- € in 2015).

Pflege-Boombranche mit Zukunft

Zugleich verändert sich die Pflegebranche – und es ist eine Branche, in der investiert, gebaut, gekauft und verkauft und vor allem auch Gewinn gemacht wird. Die Mehrzahl der ambulanten und der stationären Pflegeeinrichtungen ist dabei in privater Hand.

2015 haben 1,1 Millionen Menschen in der Altenpflege gearbeitet (in Niedersachsen 2011 schon 105.000 !) und es werden jährlich mehr gebraucht. Die Altersentwicklung in Deutschland wirkt sich aus und jede und jeder kann betroffen sein.

Die Kammer – Fachlichkeit statt Fachkräften

Nach langen Diskussionen und gegen den Widerstand von verdi und vielen Verbänden hat der Landtag 2016 eine Pflegekammer für Niedersachsen beschlossen. Im April soll sie kommen.

Was soll diese Kammer bewegen: Sie soll die beruflichen Interessen der Mitglieder wahrnehmen, sie soll die „Qualitätsentwicklung und -sicherung“ fördern, sie soll Empfehlungen und Leitlinien erarbeiten, sie ist zuständig für Berufsordnung und Weiterbildung usw. Der Landtag erhofft sich davon eine Aufwertung des Berufsbildes und eine Verbesserung der Arbeit in der Pflege.

Lauter gute und vernünftige Dinge, nur der Pferdefuß: All diese Dinge müssen von den Kammermitgliedern auch finanziert werden. Und: Mitglied ist jede und jeder Pflegenden, egal ob sie oder er will oder ob nicht. Einher geht diese Zwangsmitgliedschaft mit einem Kammerbeitrag, dessen Höhe noch nicht feststeht. Die Rede ist von um die zehn Euro im Monat.

Wovon aber nichts zu hören ist, wenn es um die Pflegekammer geht: Es ist keine Rede von einer Erhöhung der Gehälter und von einer Anpassung an den westdeutschen Durchschnitt. Kein Thema sind Personaleinstellungen, um die Beschäftigten zu entlasten. Da fragt man sich bei verdi schon: Wie sollen neue Fachkräfte gewonnen werden, wenn sich an der Bezahlung, an den Arbeitsbedingungen und an der Belastung nichts ändert?

Was tun?

Für verdi in Niedersachsen ist es alles andere als einfach: Einerseits lehnt die Gewerkschaft die Kammer ab und hat gute Gründe dafür. Andererseits wird die Kammer jetzt eingerichtet und werde nicht mitmischen, steht daneben. Außerdem gibt es durchaus auch Pflegekräfte, die die Einrichtung gar nicht so schlecht finden und sich vor allem berufsfachliche Unterstützung erhoffen.

Deswegen mischt verdi auch in der Kammer mit und arbeitet im sog. Errichtungsausschuss mit, um sich dann für die „Kammerversammlung“ als verdi zur Wahl zu stellen.

Zugleich beobachtet die Gewerkschaft den ganzen Prozess kritisch, unterstützt Mitglieder, die sich gegen die Zwangsregistrierung zur Wehr setzen und setzt auf die politische Einsicht des Landtages.

Das Ärgerliche: Mit der Kammerdebatte haben die verantwortlichen Parteien es ein weiteres Mal geschafft, das Thema Altenpflege ernst zu nehmen und gemeinsame mit den Pflegenden für Lösungen zu sorgen, die für die Pflegebedürftigen und die Beschäftigten eine Perspektive bieten. Die gesellschaftliche Aufgabe bleibt: Attraktive Arbeitsplätze schaffen, damit Arbeit in der Pflege mehr Qualität, bessere Bezahlung und weniger Belastung erfährt!

Wer mehr wissen will: verdi hilft weiter!

Foto: iStock



MATRATZEN CONCORD – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE

Betriebsräte in Discountern – ein schwieriges Pflaster

von Sebastian Wertmüller /verdi

Auf dem Papier sieht es ganz einfach aus: „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen.“ So steht es im Gesetz, BetrVG § 2.

Die Praxis läuft es dann manchmal ganz anders: Die Firma Matratzen Concord und sein Betriebsrat ist so ein Fall. Um die 1.000 Filialen in Deutschland mit jeweils nur sehr wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und praktisch keine Interessensvertretung. So sah das bis vor drei Jahren aus - bis sich im Bereich Braunschweig ein paar Kolleginnen und Kollegen auf den Weg machten, um mit Unterstützung durch verdi einen Betriebsrat zu wählen.

Dabei ist es gar nicht so einfach, bei diesen vielen verschiedenen Arbeitsstätten (Filialen), wo sich die Beschäftigten untereinander nur selten sehen, überhaupt die Interessierten für eine Wahl zusammenzubringen. Und etwas Mut braucht es dazu auch!

Erste Konflikte

Schon die Wahl ging nicht konfliktfrei über die Bühne: Das ging so weit, dass verdi sich genötigt sah, Strafanzeige wegen Behinderung von Betriebsratswahlen gegen das Unternehmen (die Geschäftsführer) zu stellen.

Auch nach den Wahlen gingen die Auseinandersetzungen munter weiter: Mindestens 13 Abmahnungen wurden gegen den neuen Betriebsratsvorsitzenden Karsten Knoke ausgesprochen (und alle vorm Arbeitsgericht wieder kassiert). Dazu kamen Kündigungen mit sog. Zustimmungsersetzungsverfahren vor dem Arbeitsgericht – weil der Betriebsrat einer Kündigung ihres Vorsitzenden natürlich nicht zustimmen wollte.

Weitere Verfahren mussten angestrengt werden, um die Arbeitsfähigkeit des Betriebsrates herzustellen (Arbeitsmittel etc.). Und dann gab es noch ein Unterlassungsverfahren gegen den zuständigen verdi-Gewerkschaftssekretär Eberhard Buschbom-Helmke sowie gegen verdi als Gesamtorganisation. Bestimmte Äußerungen über das Unternehmen und den damaligen Geschäftsführer seien zu unterlassen. Ein wegen des hohen Streitwertes durchaus bedrohliches Szenario, das aber jetzt vom Arbeitsgericht Braunschweig abgeschmettert wurde.

Dass das Thema Arbeitnehmerrechte bei Matratzen Concord inzwischen überregional publik ist, hat sich das Unternehmen selber zuzuschreiben. Berichte im Fernsehen, in den Printmedien und im Netz haben dazu beigetragen.

Spitze des Eisbergs

Dabei sei das nur die Spitze des Eisberges, schätzt verdi ein: Da gebe es die Druckerei im Harz, die ihre Betriebsratsvorsitzende kündigen wollte und Mitglieder des Betriebsrates unter Druck setze, da gebe es Krankenhäuser, wo der Betriebsrat die Leitung öfters vorm Arbeitsge-



richt oder in der Einigungsstelle sehe als im Monatsgespräch, da gebe es Unternehmen, wo Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, sobald sie sich um die Einleitung von Betriebsratswahlen bemühen. Und vieles davon kann nicht öffentlich gemacht werden, um die betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht zu gefährden. Insbesondere in kleineren Betrieben wird da gerne knallhart Druck gemacht.

Mehr Schutz für Betriebsräte

Bei verdi in Süd-Ost-Niedersachsen ist man daher der Meinung, dass der Schutz und die Rechte der Betriebsräte wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Was könnte das bedeuten:

- Bis jetzt Beschäftigte durch das Betriebsverfassungsgesetz erst dann geschützt, wenn ein Wahlvorstand gewählt ist oder sie auf eine Betriebsratsliste stehen. Der Schutz müsste aber schon vorher für die Initiatoren von Wahlen gelten.
- Es ist sehr schwer, juristisch gegen die Behinderung von Wahlen und die Behinderung von Betriebsratsarbeit vorzugehen. Da braucht es Unterstützung – zum Beispiel durch sachkundige Schwerpunktstaatsanwaltschaften.
- Aber viel wichtiger noch ist es, ein öffentliches Bewusstsein darüber herzustellen, dass Betriebsräte nicht nur erlaubt sind, sondern dass sie sogar gewünscht und gefördert werden. Da hätten gerade Arbeitgeberverbände und die Kammern einen echten Aufklärungsauftrag.

Fotos: Jürgen Schrader / DGB BS



KEINE ZUKUNFT DEN RECHTSRADIKALEN – im Juni will die Nazi-Szene in Goslar aufmarschieren

von Sebastian Wertmüller / David Janzen (Bündnis gegen Rechts Braunschweig)

Am 2. Juni 2018 wollen Neonazis, vor allem aus Norddeutschland, zum 10. Mal den „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ (TdDZ) durchführen. Diesmal wieder in unserer Nähe – in Goslar.

2009 ging das rechtsextreme Spektakel in Pinneberg los, um dann Jahr für Jahr in einem anderen Ort Station zu machen. Braunschweig und Hildesheim hat es schon getroffen, 2017 war Karlsruhe an der Reihe. Die Nazi-Szene will ein zentrales Ereignis schaffen und mobilisiert überregional dahin, so dass es sicher immer um mehrere hundert TeilnehmerInnen und Teilnehmer handelt.

Was ist das Besondere an diesem Ereignis: Es geht an diesem Tag nicht um Rechtspopulisten und AfDler. Die sollen auch gar nicht erst angesprochen werden, ebenso wenig andere Menschen aus der „Mitte der Gesellschaft“, die für Rassismus und Nationalismus anfällig sind. Hier geht es um offen zur Schau gestellten Neonazismus mit Reichsflaggen und militantem Auftritt. Das macht sich sowohl in der Optik wie auch in den Redebeiträgen bemerkbar.

Dieser neonazistische Auftritt macht auch die Gefahr dieses Aufmarsches deutlich: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind überzeugte Nazis, viele sind gewalttätig, sie meinen, was sie sagen.

Das ‚Vorprogramm‘

Der TdDZ – das Wort ‚Zukunft‘ sollten wir denen nicht überlassen – ist auch ein Auftrag für die örtliche Szene. Sie will sich profilieren, sie will ein guter Gastgeber für die anreisenden Nazis sein. Deswegen wird im Vorfeld eine breite Mobilisierung betrieben, zu der auch kleine Aktionen und Veranstaltungen ebenso gehören, wie Sticker, Sprühereien und anders mehr. Auch bei den Auftaktveranstaltungen des Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus waren örtliche Rechtsextremisten vor den Türen, um zu beobachten, zu fotografieren und zu provozieren.

Warum Goslar?

Da gibt es die deutsche Geschichte mit Goslar als „Reichsbauernstadt“ im Nationalsozialismus. Wenig entfernt hat mit der Harzburger Front 1931 das zentrale Bündnis von Rechtsextremisten und National-



Foto: Jürgen Schrader / DGB BS

sozialisten stattgefunden, das dann zwei Jahre später der Demokratie den Todesstoß versetzt hat.

Aber auch praktische Gründe sprechen aus Nazi-Sicht für Goslar: Mit dem Kollektiv Nordharz gibt es eine aktive Neonazikameradschaft in der Region. Goslar liegt zentral und kann auch aus dem Osten gut erreicht werden. Einer der Hauptdrahtzieher und Mitbegründer Dieter Riefling wohnt in der Nähe von Hildesheim.

Und nicht zuletzt: Goslar ist den Hardcore-Neonazis ein besonderes Ziel, nachdem Oberbürgermeister Junk sich öffentlich für die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen hat.

Der Widerstand

Schon seit Jahren ist das Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus aktiv. Breit aufgestellt und getragen von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Vereinen und Verbänden hat es schon mehrfach erfolgreich den Rechtsextremisten die Rote Karte gezeigt. Das steht jetzt auch im Juni wieder an. Mit Veranstaltungen, mit Informationen in Schulen, mit einem Internetauftritt usw. informiert das Bündnis in Goslar, im Harz und in ganz Südostniedersachsen.

Infos zu den Gegenprotesten:

www.facebook.com/gegenRechtsGoslar
www.goslar-gegen-rechtsextremismus.de

Foto: Maik Matthias, Maik Neumann (www.d-welt.de)



ANTIFASCHISTISCHES PLENUM



OFFENES ANTIFA TREFFEN

OFFENES ANTIFA TREFFEN

Informieren! Mitmischen! Aktiv werden!

Seden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Antifaschistischen Café, Eichthalstraße 8, 38114 Braunschweig antifacafebraunschweig.blogspot.eu

Das Offene Antifa-Treffen ist ein Treffen, bei dem alle, die sich antifaschistisch engagieren wollen, einfach vorbeikommen können, um uns kennenzulernen, um sich zu informieren, um sich an den Diskussionen zu beteiligen, um Ideen einzubringen oder um an der Planung und Organisation der nächsten Aktivitäten, wie z. B. Demonstrationen, Diskussions- und Informationsveranstaltungen, und bei Flugblättern oder Pressemitteilungen mitzumachen.

Gegen Nazis? Na klar!

Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist der



Wir organisieren das Antifaschistische Café, das jeden Freitag ab 20 Uhr geöffnet ist. Das Café ist ein Treffpunkt für antifa-

schistisch eingestellte Menschen. Hier gibt es neben Getränken aktuelle Flugblätter, T-Shirts, Buttons und andere Materialien, sowie Diskussionsveranstaltungen zu unterschiedlichen politischen Themen.

Aber Antifaschismus ist mehr als nur was gegen Nazis machen!

Denn Elemente der faschistischen Ideologie sind auch in breiten Teilen dieser Gesellschaft vorhanden: Nationalismus, Rassismus, Militarismus, Sexismus, Autoritätshörigkeit, Wohlstandschauvinismus, Elitendenken, Antisemitismus – die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft – sind das Fundament, auf dem die Nazis agieren können.

Mach mit beim Offenen Antifa-Treffen!

--- Anzeigen ---

Ich achte auf meine Gesundheit. Welche Krankenkasse unterstützt mich dabei?

Jetzt wechseln!

Berechnen Sie Ihren persönlichen Vorteil mit Bonus, Gesundheitskonto und Wahlтарifen unter: www.ikk-classic.de

Kostenlose IKK-Servicehotline: 0800 455 1111

RESTAURANT

TANDURE

ANATOLISCHE SPEZIALITÄTEN AUS DEM LEHMFEN

Metin Aslan

Frankfurter Straße 4 ARTMAX
38122 Braunschweig
Fon: 0531. 89 45 58
www.restaurant-tandure.de

vhs Volkshochschule Braunschweig GmbH

Online-Kurse an der VHS

Live und interaktiv im virtuellen Klassenraum

Mehr Infos: goo.gl/fjtdks

Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.

Ludwig Wittgenstein (1889-1951)

DER ZUGANG ZU INFORMATIONEN IST EIN MENSCHENRECHT

Verbund Leichte Sprache Braunschweig

Text & Grafik:

Bettina Mikhail und Martin Markwort
Verbund Leichte Sprache Braunschweig

Siegel „Leichte Sprache“

Entwurf: Martin Markwort

Forschungsstelle Leichte Sprache, Universität Hildesheim



Rund 40 % der Erwerbsfähigen in Deutschland - das sind 21 Millionen Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren - können nicht richtig lesen und schreiben (Level-One Studie 2011, Universität Hamburg). Gründe sind unter anderem Legasthenie, geringer Bildungsstand, eine geistige Beeinträchtigung, Migrationshintergrund, Schlaganfall mit Schädigung des Sprachzentrums, Gehörlosigkeit, Sehschwäche im Alter, Demenz und Autismus. Der Zugang zu Informationen ist aber ein Menschenrecht und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Leseschwäche muss deshalb durch Bildung und Alphabetisierung bekämpft werden. Gleichzeitig dürfen sich schriftliche Informationen nicht nur an den Normen deutscher Bildungssprache orientieren. Dafür gibt es Leichte und Einfache Sprache, in die standardsprachliche Texte übertragen oder in denen Texte formuliert werden.

Leichte Sprache ist maximal vereinfachtes Deutsch mit reduzierter Grammatik, einfachem Wortschatz, größerer Schrift und Bildern. Mit Siegeln wird die Anwendung von Standards verschiedener Institutionen bescheinigt. Man findet aber auch Texte mit Siegel, ohne dass die damit verbundenen Standards angewendet wurden: Manchmal steht Leichte Sprache drauf, es ist aber keine Leichte Sprache drin. Die Forschungsstelle Leichte Sprache der Universität Hildesheim hat die Regelwerke wissenschaftlich analysiert und Empfehlungen für grammatikalisch korrekte Leichte Sprache herausgegeben.

Leichte Sprache wurde in den 1990er Jahren in Deutschland von und für Menschen mit geistigen Behinderungen entwickelt. Auch andere Personengruppen mit Leseschwäche können davon profitieren. Leichte Sprache ist im Gesetz verankert. So sollen Bundesbehörden laut Behindertengleichstellungsgesetz Informationen in Leichter Sprache bereitstellen.



Bettina Mikhail



Martin Markwort

Einfache Sprache, für die es keine Regelwerke gibt, ist etwas komplexer als Leichte Sprache. Die Bezeichnungen Leichte und Einfache Sprache werden häufig synonym verwendet. Manche Texte in Einfacher Sprache werden fälschlich als „Leichte Sprache“ gekennzeichnet.

Leicht ist nicht leicht. Texte in Leichter und Einfacher Sprache sind ein Zusatzangebot. Es erfordert hohe fachliche Kompetenz, u.a. Sprach- und Sachwissen sowie die lesefreundliche Gestaltung von Texten. Vertreter/innen der Adressatengruppe sowie Fachleute sollten die Texte möglichst gegenlesen.

In der Schule wird meistens komplexe Bildungssprache verwendet. Paralleltexte in verständlicher Sprache ermöglichen leistungsgerechte differenzierte Aufgabenstellungen und einen Nachteilsausgleich.

In der Erwachsenenbildung werden bereits Volkshochschulkurse in verständlicher Sprache durchgeführt.

Auch in den Unternehmen, vor allem im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, gibt es Beschäftigte mit einer Leseschwäche, die von Angeboten in Leichter und Einfacher Sprache profitieren können. Texte wie Bedienungsanleitungen oder Gesundheitsvorschriften sind für sie eine Hürde. Sollten die Beschäftigtenquoten für Menschen mit Behinderung endlich erfüllt werden, entsteht ein zusätzlicher Bedarf.

Ausblick. Leichte und Einfache Sprache kann und sollte in allen Lebensbereichen eingesetzt werden. Viele Behörden, Ämter, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Medien stellen bereits Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung. Die Qualität der Texte lässt mitunter noch zu wünschen übrig. Betriebs- und Personalräte sowie Vertreter/innen aus Unternehmen, Politik, Schwerbehindertenvertretungen, Gewerkschaften, Behörden und Bildung, die über Leichte und Einfache Sprache gut informiert sind, können dafür sorgen, dass es mit dem Lesen wieder besser klappt - durch ein vielfältiges Angebot an professionell erstellten, leicht verständlichen Texten.

Ausführliches zu diesem Beitrag, Infos zur Leichten und Einfachen Sprache sowie Beispieltex-te gibt es hier:
www.verbund-leichte-sprache.de



OIKOCREDIT

Aus Geld wird GUTES GELD. Wenn wir es wollen.

von Franziska Dickschen

Geld ist wertvoll und nützlich: vom Taschengeld haben wir uns Comic-Hefte oder Süßigkeiten gekauft, mit dem Ersparten erfüllen wir uns Wünsche und für später legen wir etwas zurück.

Aber wir wissen auch: wenn Geld für Menschen zum Selbstzweck wird, richtet es verheerenden Schaden an. Geld stürzt auf der Jagd nach Renditen ganze Volkswirtschaften in schwere Krisen. Geld treibt im Streben nach Wachstum Ressourcenverbrauch und Klimawandel an. Geld blockiert als Machtmittel Demokratien und verschärft weltweit soziale Ungerechtigkeit.

Können wir Geld auch dazu einsetzen, die Welt zu verbessern? Ja, das können wir! Wenn wir es richtig einsetzen, können wir aus Geld GUTES GELD machen:

GUTES GELD ist ein Gestaltungsmittel, das gesellschaftlichen Wandel ermöglicht. GUTES GELD bringt nachhaltiges Wirtschaften voran und stärkt Gemeinschaften. GUTES GELD schont natürliche Ressourcen und fördert erneuerbare Energien. GUTES GELD schafft

Chancen für benachteiligte Menschen auf der ganzen Welt

Bei Oikocredit machen wir seit 1975 aus dem Geld unserer Mitglieder GUTES GELD.



Als globale genossenschaftliche Bewegung haben wir die Vision einer gerechten Weltgemeinschaft, in der alle Menschen ihr Leben in Würde gestalten können. Darum arbeiten wir nach einem einfachen Prinzip: Wir investieren in Menschen. So eröffnet das Geld Menschen die Chance, ihre Welt selbst ein bisschen besser zu machen. Und darum ist es GUTES GELD.

Oikocredit investiert das Geld der Anlegerinnen und Anleger in Genossenschaften und sozial orientierte Unternehmen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern. Schwerpunkte sind inklusives Finanzwesen, Landwirtschaft, Fairer Handel und erneuerbare Energien.

Machen Sie aus Ihrem Geld GUTES GELD!

Mehr Infos:

Oikocredit Förderkreis Niedersachsen-Bremen
Goslarsche Str. 93
38118 Braunschweig
T: 0531/2615586
M: niedersachsen-bremen@oikocredit.de
W: www.gutes-geld.de / www.niedersachsen-bremen.oikocredit.de

FAIR IN BRAUNSCHWEIG E.V. stellt sich vor

von Ruben Enxing / Eine-Welt-Regionalpromotor



Stand von Fair in Braunschweig bei einer Live-Comic-Aktion auf dem Rathausplatz im Oktober 2017

Wir vom Verein Fair in Braunschweig engagieren uns dafür, den Fairen Handel und verantwortungsvolles, nachhaltiges Wirtschaften in unserer Stadt zu fördern und in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Dazu vernetzen wir Menschen und Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen. Mit zwei größeren Projekten sind wir in diesem Jahr in Braunschweig präsent. Ein großes Thema in diesem Jahr ist die Fußball-Weltmeisterschaft. Diese nehmen wir zum Anlass, die Ausstellung TrikotTausch des Vereins Vamos e.V. aus Münster zu zeigen.

stellung bis zum 22. Juni dort zu sehen. Eine weitere Großveranstaltung ist die Faire Woche vom 15. bis 28. September. Auftakt wird ein Markt der Möglichkeiten am Samstag, den 15. September auf dem Kohlmarkt sein. Bis zum 28.9. wird es zahlreiche Events rund um den Fairen Handel geben. Abgesehen von diesen größeren Veranstaltungen treffen wir uns alle drei Monate zum Fairen Stammtisch - Sie sind herzlich eingeladen, sich bei dem einen oder anderen Termin mit uns zu treffen!

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Lust bei Fair in Braunschweig mitzumachen? Mehr Infos unter www.fair-in-braunschweig.de oder per Mail an info@fair-in-braunschweig.de.

ERWERBLOSEN SELBSTHILFE BRAUNSCHWEIG

Eine Gruppe im Verband alleinerziehender Mütter und Väter Braunschweig (VAMV) ErwerblosenSelbsthilfeBraunschweig (ErSeBra) kooperiert mit dem Projektstudium Soziale Wirtschaftsberatung an der Ostfalia?

von Wolfgang Krämer

Im Rahmen einer Kooperation mit der Ostfalia Hochschule der angewandten Wissenschaften Wolfenbüttel sind zurzeit drei Studentinnen der Sozialen Arbeit bei der ErwerblosenSelbsthilfe Braunschweig, tätig.

Das Projekt Soziale Wirtschaftsberatung findet im Rahmen des Projektstudiums ab dem 4. Semester statt. In wöchentlichen Treffen werden gemeinsam mit allen StudentInnen des Projektes Problematiken rund um wirtschaftliche Themen in der Hochschule betrachtet und bearbeitet.

Ziel ist es, einen Einblick in das Arbeitsfeld der Schuldnerberatung zu erhalten, um mögliche Präventionsmaßnahmen in der Praxis platzieren zu können.

Die Aufgaben der Studentinnen bei ErSeBra (VAMV) sind beispielsweise Beratung, Schuldenprävention, Hilfe beim Verstehen und Ausfüllen von Anträgen, Behördenbegleitung, die Ausrichtung eines regelmäßigen Arbeitslosenfrühstück und diverse kleine und große Projekte.

Im Fokus der Schuldnerprävention stehen neben den wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten auch die psychosozialen Themen der Klienten. Finanzielle Engpässe beeinflussen nicht nur das Privatleben, auch das Schul- bzw. Berufsleben kann davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies führt unter Umständen zu verminderten schulischen Leistungsfähigkeit bzw. zu hohen Fehlzeiten am Arbeitsplatz – oftmals gefolgt durch physische und psychische Erkrankungen.

Zudem sollen KlientInnen für diverse Themen wie „Haushaltsplanung, Onlineshopping, Kostenfalle Handy und Internetabzocke“ sensibilisiert werden.

Aktuell besteht der Wunsch, eine Arbeitsgruppe zum Thema „Sanktionen im Arbeitslosengeld II“ ins Leben zu rufen, welche regelmäßig in den Räumlichkeiten des VAMVs tagen soll.

Sanktionen im SGB II führen bei einer Bedarfsgemeinschaft mit mehreren Personen, besonders mit Kindern immer zu einer Art „Sippenhaft“.



Die Kosten-, Unterkunft- und Heizungsbedarfe werden mit angepasst, aber es fallen zum Beispiel Energiekosten und weitere an. Kurz gesagt: alle Kosten die vorher durch 4 geteilt wurden, werden durch 3 geteilt.

„Verstößt der Arbeitslosengeld II-Bezieher gegen bestimmte Pflichten, muss er mit der Verhängung von Sanktionen (Strafmaßnahmen) rechnen. Das Gesetz hält in § 31 SGB II einen ganzen Katalog von infrage kommenden Sanktionsmitteln bereit. Sie richten sich nach der Art und Schwere der Pflichtverletzung, die dem Leistungsempfänger zur Last gelegt wird. Als Folge können sie zu Kürzungen der ALG II-Leistungen, aber auch zu ihrem völligen Ausschluss führen. Problematisch dabei ist, dass bereits die geringste Kürzung der Hartz IV Leistungen den Hilfebedürftigen unter das Existenzminimum setzt.“

Die StudentInnen der Ostfalia erhalten einen tiefen Einblick in die sozialpolitische Wirklichkeit, in das Leben mit Hartz IV.

Hinweis: <http://www.hartziv.org/hartz-iv-sanktionen.html>

Wir stehen für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Dafür kämpfen Gewerkschaften!

Die Große Koalition hat sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einiges vorgenommen. Aber das reicht nicht. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr solidarische Politik, mehr Förderung der Vielfalt. Wir werden die Bundesregierung drängen, die politischen Weichen in die richtige Richtung zu stellen: Solidarität statt gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung, klare Kante gegen Rassismus und extreme Rechte.

Wir wollen, dass niemand sich fragen muss, ob der Arbeitsplatz sicher ist, ob das Geld und später die Rente reichen. Wir wollen, dass mehr Beschäftigte den Schutz von Tarifverträgen genießen, und mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen. Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden, und einen öffentlichen Dienst, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. Wir wollen gute Bildung für alle Kinder. Sie haben ein Recht darauf. Rentnerinnen und Rentner sollen in Würde altern können.

Diese Koalition muss ihre Vorhaben bei der Pflege, bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, bei der sachgrundlosen Befristung, bei dem Rückkehrrecht auf Vollzeit, bei den Investitionen in Bildung, Wohnungen und Infrastruktur schnell und vollständig umsetzen. Das kann aber nur der erste Schritt sein. Sie muss mutiger werden!

MAIAUFRUF

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit 2018

- Niedriglöhne, Mini- und Midijobs sind keine Perspektive für die Zukunft: Schluss damit! Sie gehören abgeschafft, nicht ausgeweitet! Die Schonzeit für die Arbeitgeber ist vorüber!
- Überstunden und Überlastung im öffentlichen Dienst gehören abgeschafft! Wir fordern mehr Personal!
- Finger weg vom Arbeitszeitgesetz – mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bei ihrer Arbeitszeitplanung!
- Investiert endlich in bessere Bildung und Infrastruktur. Sofort!
- Eine Lohnlücke von 21 Prozent bei der Bezahlung von Frauen ist ungerecht. Beendet das!
- Arbeitgeber, die aus der Tarifbindung flüchten, verweigern gerechte Löhne. Verbietet es ihnen!
- Reiche müssen mehr tragen als Arme – wir fordern ein gerechtes Steuersystem. Jetzt!
- Europa ist ein fantastisches und einzigartiges Projekt, es darf nicht scheitern. Stärkt ein soziales und solidarisches Europa!

Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße – mit Dir!
Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität.

Wir demonstrieren gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Rechtspopulismus..



100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION IN BRAUNSCHWEIG

VORTRÄGE, KONFERENZEN, SEMINARE

Von August bis Dezember 2018 werden Historiker, Politologen, GewerkschafterInnen und JournalistInnen nicht nur zurück schauen auf die Ereignisse vor 100 Jahren, sondern wir werden beraten: Was ist geblieben? Wie geht es weiter? Was tun? Damit die Demokratie fortbesteht und weiter entwickelt wird. Es geht um Mitbestimmung, um Gerechtigkeit, um Reichtum und um Armut, um Solidarität und Internationalität.

AUSSTELLUNG

»Die Novemberrevolution. Braunschweig 1918«
Baustelle Demokratie: Erfolge, Niederlagen und Aufgaben.
Eine Ausstellung für Schule und Betrieb –
ein Blick zurück und in die Zukunft!

FILMREIHE »REVOLUTIONEN«

In Kooperation mit dem Universum Filmtheater zeigt der DGB ab September 2018 Filme.
Filme, die Mut machen, die Welt zu verändern.
Filme, die Augen, Ohren, die Sinne öffnen für neue Ideen,
um die Zukunft gerecht zu gestalten.

SPAZIERGANG

Auf den Spuren der Revolution
durch Braunschweig.
Mit Tour-Guide in der Gruppe
oder individuell mit QR-Code,
ab August im Angebot.

<https://www.minna-fasshauer.de/>

ab 1. Juli: www.novemberrevolutionbraunschweig.de

1. MAI 1968

Der Tag der Arbeit – ein Tag mit viel Geschichte, auch in Braunschweig!

ach so, die Texte für die Maitransparente wurden vorgegeben:

- Statt Notstandsgesetze volle Mitbestimmung
- Wohlstand statt Notstand
- Heut und Morgen: Nein zu den Notstandsgesetzen
- Wir fordern freie Gewerkschaften für IRAN
- Persische Studenten bekunden Solidarität für iranische Arbeiter
- Freie Wahlen und Pressefreiheit für IRAN
- Persische Studenten begrüßen Gewerkschaftsbewegung
- Schulpflicht statt Kinderarbeit im Iran



1. MAI 2017

Eine Fotocollage vom letztjährigen Tag der Arbeit in Braunschweig



NATURFREUNDE BRAUNSCHWEIG E.V. stellen sich vor

Die NaturFreunde sind ein gemeinnütziger, sozial-ökologischer und gesellschaftspolitisch aktiver Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur. Wir beschäftigen uns mit aktuellen Themen aus Gesellschaft, Ökologie und Kultur.

In Braunschweig bieten wir Freizeitgestaltung in stadtnaher, erholbarer und naturnaher Umgebung. Bei uns kann man auf dem Südsee segeln mit unseren Vereinsbooten und Segeln lernen, für Kinder auf dem Optimisten, für Ältere auf Jollen. Wir bilden auch für das Segeln auf Seegewässern aus. Es gibt Fortbildungen zum Thema Wattenmeer als Bildungsurlaub.

Auf unserem Gelände am Südsee gibt es die Möglichkeit einen Campingstellplatz im Grünen mit vereinseigenem Schwimmbad zu nutzen. Als Naturfreunde sind Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ökologie ständige Themen bei unserer Freizeitgestaltung, so dass es selbstverständlich ist, dass wir auf Umweltverträglichkeit unserer Aktionen bedacht sind. Auch für demokratische Rechte haben wir uns eingesetzt, indem wir einen offenen Brief an den Journalisten D. Yücel in die Haftanstalt geschrieben haben.

Unsere Jugend ist engagiert in Projekten mit Flüchtlingen und organisiert seit Jahren wieder eine Jugendweihe. Unsere gesamten Projekte sind auf unserer homepage nf-bs.de und der homepage unserer Jugend nfj-bs.de nachzulesen.



Fotos: Jürgen Schrader / DGB BS

Für den Vorstand

Barbara Drücke-Höbel
oeffentlichkeitsarbeit@nf-bs.de oder
info@nf-bs.de



NaturFreunde Braunschweig e.V.
Goslarsche Str.99 30118 Braunschweig

An Ilker Deniz Yücel
Silivri Kapali Ceza Infaz Kurumu
B6/54 Silivri Istanbul

Sehr geehrter Herr Yücel,
wir, die NaturFreunde Braunschweig e.V., möchten mit diesem Brief Ihnen unsere Solidarität mitteilen und hiermit Widerstand gegen Ihre Inhaftierung mit der grausamen Isolationshaft bekunden.
Wir möchten Ihnen und auch anderen inhaftierten Kollegen mitteilen, dass wir für Ihre Freilassung sind.
Es kann nicht sein, dass eine Regierung Journalisten in Haft nimmt, die offen ihre Meinung sagen.
Die NaturFreunde Deutschland sind ein sozial-ökologischer und gesellschaftspolitisch aktiver Verband, in der Stadt Braunschweig sind wir 350 Mitglieder.
Wir selber wurden von 1933 bis 1945 verboten und viele Mitglieder wurden verhaftet und ermordet, weil demokratisches Schreiben und Denken nicht erwünscht war.
Nur durch einen fairen Prozess kann Gerechtigkeit erfolgen.

Mit solidarischen Grüßen
Barbara Drücke-Höbel c/o NaturFreunde Braunschweig e.V.

OFFENER BRIEF der NaturFreunde Braunschweig #Free Deniz

FRITZ BAUER

von Udo Dittmann / Fritz Bauer Freundeskreis

Der Fritz-Bauer-Freundeskreis trifft sich weiter regelmäßig alle zwei Monate - es sind nun schon über sechs Jahre. Begonnen hatte es im September 2011. Besonders wichtig dabei ist auch der Rundbrief des Freundeskreises, der ca. einmal im Monat per Mail verschickt wird. Dort gibt es aktuelle Infos zu Fritz Bauer, auch bundesweit. Von vielen Seiten erhält der Freundeskreis dazu Infos, die jeweils im Rundbrief bekannt gegeben werden. So ist der Freundeskreis auch zu einer wichtigen Institution mit Infos über Fritz Bauer geworden. Zu vielen Einrichtungen, insbesondere auch zum Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt, besteht ein guter Kontakt.

Was war neu im letzten Jahr? - Nachdem es mehrere Filme zu Fritz Bauer gegeben hatte, dachte man vielleicht, dass es nun vielleicht wieder etwas ruhiger wird. Nichtsdestotrotz tut sich weiterhin vieles zu Bauer - eine erste Gesamtschule ist im letzten Jahr in Sankt Augustin (bei Bonn) neu nach Bauer benannt worden, in Berlin wurde der Fritz-Bauer-Studienpreis wieder vom ehemaligen Bundesjustizminister Heiko Maas vergeben und der Freundeskreis hatte das Projekt einer Briefmarke zu Fritz Bauer angestoßen. Die kann nun bei der Post als „individuelle“ Briefmarke bestellt werden.

Im Januar 2018 wurde eine neue Gedenktafel zu Fritz Bauer auf dem



Foto: Udo Dittmann

Außengelände der Gedenkstätte Schillstraße angebracht (zusammen mit der Gedenktafel zum Grauen Bus).

2018 ist das Jahr des 50. Todestages von Fritz Bauer. Aus diesem Anlass wird auch in Frankfurt eine zweibändige Ausgabe mit Schriften von Bauer neu erscheinen. Etwas anderes ist, dass damals - ausgerechnet ab 1968 - das Vergessen von Bauer begann. Das ist ein eigenes Kapitel, weshalb die 68er wenig mit Bauer anzufangen wussten, obwohl er wesentliche Impulse zur 68er-Bewegung gegeben hatte.

Zeit für Bildung!



- > Berufliche Weiterbildung mit IHK Abschluss
- > Betriebliche Weiterbildung im demografischen Wandel
- > Bildungsurlaube
- > Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte
- > Integrationskurse für Zugewanderte
- > Nachholen von Schulabschlüssen

Geschäftsstellen

Braunschweig
Telefon: 0531/12 33 63 0

Salzgitter
Telefon: 05341/88 44 50

Wolfsburg
Telefon: 05361/30 33 0



Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN
Nds. Ost gGmbH

Infos & Anmeldung unter: www.aul-nds.de



Eintracht Braunschweig Stiftung

Eintracht stiften.

Die Eintracht Braunschweig Stiftung bündelt das gesamte gesellschaftlich-soziale Engagement der Löwen und setzt sich für Kinder und Jugendliche im Braunschweiger Land ein. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Gesundheit, Jugend- und Altenhilfe, Erziehung und Bildung, Toleranz und Völkerverständigung, Sport sowie des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke.

Spendenkonten
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg
IBAN: DE65269910661920472000
BIC: GENODEF1WOB
Volksbank
IBAN: DE82270200006800083161
BIC: VOWADE2BXXX
NORD/LB - Braunschweigische
Landessparkasse
IBAN: DE19250500000152051132
BIC: NOLADE2HXXX
www.stiftung.eintracht.com
info@eintracht-braunschweig-stiftung.com



70 JAHRE ARBEIT UND LEBEN

stellt sich vor

von Wolfgang-Armin Rittmeier

Regionalleiter Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. Ost gGmbH



Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN
Nds. Ost gGmbH

Für die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN ist das Jahr 2018 ein ganz besonderes. 1948 von der Volkshochschulen und dem DGB gegründet, blicken wir zurück auf 70 Jahre geprägt von solidarischer und erfolgreicher Bildungsarbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Aufgabe von ARBEIT UND LEBEN ist es – so formulieren es die Grundsätze der Zusammenarbeit von 1948 – „dem Schüler seine Verbundenheit mit den Kräften des öffentlichen Lebens aufzuzeigen und in ihm das Gefühl mitbürgerlicher (sozialer) Verantwortlichkeit zu wecken. Anknüpfend an das Streben nach beruflicher Fortbildung soll durch eine entsprechende Darbietung des Unterrichtsstoffes [...] auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge hingewiesen werden.“



Fotos: Jürgen Schrader / DGB BS

Auch wenn sich die Zeiten verändert haben: Im Kern bekennen wir uns natürlich auch weiterhin zu diesen Aufgaben und bieten darum als gewerkschaftlich orientierte Weiterbildungseinrichtung an den Standorten in Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg Angebote in den Bereichen politische Bildung, allgemeine Bildung, Grundbildung, Bildungsurlaub und Betriebsratsschulungen nach § 37. Auch in den Bereichen Migration und Integration übernehmen wir seit Jahren Verantwortung. Als vom BAMF zugelassener Träger von Integrationskursen heißen wir Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge nicht nur willkommen, wir vermitteln ihnen auch das Rüstzeug, das für eine gelungene Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt das Fundament bildet. Dazu gehört auch unser En-

gagement im SPRINT-Projekt des Landes Niedersachsen und beim Integrationscoaching. Zudem sind die höchst erfolgreich arbeitende Beratungsstelle für Mobile Beschäftigte und das Projekt AZF 3 bei uns angesiedelt. 70 Jahre sind vergangen, viel Arbeit liegt vor uns!

Sie interessieren sich für unsere Angebote und unsere Arbeit? Wir sprechen gern mit Ihnen!

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH
Bohlweg 55
38100 Braunschweig
Fon: 0531-12336-30
Mail: braunschweig@arbeitundleben-nds.info



DER FLÜCHTLINGSHILFEVEREIN „REFUGIUM“ E.V. BRAUNSCHWEIG

stellt sich vor

von Nicole Kumpis-Giersig / refugium Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig

Der Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig (Refugium) besteht als gemeinnützige Einrichtung und selbständiger Träger der Flüchtlingssozialarbeit seit 1986 in Braunschweig.

Die Hauptziele des Vereins sind:

- Beratungs- und Sozialarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz

Dabei versteht sich der Flüchtlingshilfe e.V. durchaus als Mittler zwischen Flüchtlingen, Migranten und der Aufnahmegesellschaft und zeigt dies auch in vielfältiger Weise bei verschiedenen Veranstaltungen und Vorträgen im Großraum Braunschweig.

Unsere täglichen Beratungsaufgaben umfassen:

- Beratung zum Asylverfahren
- Nachholende Integrationsberatung
- Beratung zu ausländerrechtlichen Fragen
- Hilfe bei der Sicherung materieller Ansprüche
- Hilfe bei arbeitsrechtlichen Fragen und Arbeitsplatzsuche
- Hilfe bei der Wohnungssuche und mietrechtlichen Fragen
- Hilfe bei Psychosozialer Betreuung
- Betreuung von Frauen und Kindern (mit Migrationshintergrund)
- Projektarbeit, Gruppenangebote, niedrigschwellige Angebote
- Kooperation und Netzwerkarbeit

Zusätzlich zu den oftmals schwierigen Beratungssituationen kommen Anfeindungen, Diskriminierungen und Unverständnis aus dem äußeren Umfeld gegenüber MitarbeiterInnen und KlientInnen hinzu. Des Weiteren macht die derzeitige politische und mediale Situation es schwierig, zum Thema „Flüchtlinge“ differenziert und sachgerichtet zu diskutieren.

Dabei spielen der Umgang mit der eigenen Angst eine Rolle und die Gefahr der Pauschalisierung führt zu Hemmungen im Arbeitsumfeld. Diese Ängste und die Neigung, Themen zu pauschalisieren, gilt es in unserem beruflichen Umfeld und innerhalb der Aufnahmegesellschaft ernst zu nehmen und in offener Diskussion und mit transparenter Arbeitsweise entgegen zu wirken.

Die Bilder flüchtender Menschen prägten im Jahr 2015 die Medien, ganz Deutschland diskutierte über »die Flüchtlingskrise«. Die öffentliche Diskussion war medial beherrscht von der Ankunft von Flüchtlingen. 3 Jahre später gilt es nun, dafür zu sorgen, dass diese geflüchteten Gäste unsere NachbarInnen werden und bleiben und die Möglichkeit bekommen, aktiv und selbstbestimmt an unserer stabilen demokratischen Gesellschaft zu partizipieren und Neues mit zu schaffen. Ob der Aufbau einer solchen Ankommenskultur gelingt, hängt vor allem von der Bereitschaft aller Beteiligten ab, gemeinsam konstruktive Lösungen zu erarbeiten. Dafür ist eine breite Vernetzung notwendig. Die Inklusion von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir stehen damit erst am Anfang. Die große Herausforderung der Integration der Geflüchteten kann aber gelingen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die lange Strecke des Integrations-Marathons eine Zeit gemeinsamen Zusammenwachsens wird. Eine gute Möglichkeit auf-



Foto: Hansi Volkmann

einander zuzugehen und erste Schritte gemeinsam zurück zu legen, bietet unser Projekt: Welcome Dinner Braunschweig

Das Welcome Dinner ist ein gemeinsames Abendessen und die perfekte Möglichkeit für erste Begegnungen. Hier haben BraunschweigerInnen die Möglichkeit, Menschen mit Migrationshintergrund aus ihrer Stadt zu sich nach Hause einzuladen und auf eine individuelle Art willkommen zu heißen. Ein gemeinsames Essen ist eine gute Möglichkeit, um Begegnungen und Raum für Austausch und Konversation zu schaffen. Auf einer persönlichen und kulturellen Ebene ermöglicht eine gemeinsame Mahlzeit eine Verbindung zwischen verschiedensten Personengruppen herzustellen. Es gibt wahrscheinlich keinen schöneren Rahmen, als sein Zuhause zu öffnen, um jemanden willkommen zu heißen und dieser Person eine Chance zu geben, das neue Umfeld in privatem Rahmen kennen zu lernen.

Bei der Beratung in der Refugium Flüchtlingshilfe e.V. wird deutlich, dass der Bedarf Kontakte zu BraunschweigerInnen zu knüpfen, vielfach vorhanden ist. Seine Mitmenschen kennenzulernen, Einblicke in das Leben in Braunschweig zu bekommen und Deutsch außerhalb der Sprachschule anzuwenden, sind einige der Punkte, die der Flüchtlingshilfe e.V. vermehrt zugetragen werden. Nur so können sich ankommende Menschen in Braunschweig zu Hause fühlen, vorhandene Sprachkenntnisse ausbauen und es vereinfacht es, mögliche Vorurteile und Grenzen zwischen den Menschen abzubauen, für ein friedliches Zusammenleben in der Löwenstadt.

Die Welcome Dinner können einmalig stattfinden oder im besten Fall entwickelt sich daraus eine gute Bekanntschaft oder langanhaltende Freundschaft. Braunschweig ist bunt und das Welcome Dinner bietet Menschen aus aller Welt und Kulturen eine Möglichkeit, zusammenkommen, sich kennenzulernen und das kulturelle Verständnis zu erweitern. Weiterhin bietet ein Welcome Dinner die Möglichkeit, Gastfreundschaft zu zeigen und andere Menschen an der eigenen Essenskultur teilhaben zu lassen, sich auszutauschen und in die Lebensgewohnheiten des Gegenübers hinein zu schnuppern.

Essen bringt Menschen zusammen. Egal ob Gast oder Gastgeber – am Ende gibt doch jeder ein bisschen was von seiner Welt dem anderen mit.



Fotos: Jürgen Schrader / DGB BS und Steffi Schlensog/AG Schacht Konrad

ASSE V STATT KONRAD 2

Konrad stoppen, Rückholung aus der Asse beschleunigen

Immer offensichtlicher wird, dass es eine schlechte Entscheidung war, Atommüll in ein altes Eisenerzbergwerk einlagern zu wollen. Schon alleine die Sanierung der alten Schächte verschlingt viel Zeit und Unsummen von Geld. Das gesamte Atomprojekt entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine dauerhafte Lagerung radioaktiver Abfälle.

Trotzdem wird auf Teufel komm raus an Schacht KONRAD festgehalten. Schließlich ist es nach 50 Jahren Atommüllproduktion das einzig genehmigte „Endlager“. Und wenn die Realität mit den alten Plänen nicht übereinstimmt, dann weiß man sich zu helfen. Seit 2007 hat sich der Betreiber etliche Ände-

rungen selbst genehmigt, darunter dreimal eine Erweiterung der Radionuklide, die in KONRAD eingelagert werden sollen.

Auch an anderer Stelle gilt: Was schert mich mein Geschwätz von gestern. In schönen bunten Bildern wurde vom Betreiber jahrelang erzählt, der Atommüll werde „Just-in-time“ von den Atomkraftwerken nach Schacht KONRAD gebracht. Eine weitere radioaktive Belastung durch ein zentrales Eingangslager sollte so vermieden werden. Klappt aber nicht. Und so soll nun ein Eingangslager KONRAD errichtet werden. Wo auch immer gebaut, wäre ein solches Lager eine neue große Atomanlage, die eine Vielzahl zusätzlicher Atomtransporte auslösen würde.

Wenn das Projekt KONRAD nicht gestoppt wird, werden wir noch viele weitere unliebsame und gefährliche Überraschungen erleben. Denn Sicherheit spielt dabei für die Verantwortlichen offensichtlich keine Rolle. Der Atommüll soll nur so schnell wie möglich aus ihren Augen verschwinden: aus den Augen, aus dem Sinn.

Höchste Zeit, die Reißleine zu ziehen! KONRAD stoppen, die Kosten für die Sanierung von Schacht KONRAD 2 sparen und die Ressourcen für die Räumung des havarierten Atommülllagers Asse nutzen. Bei der geplanten Rückholung des Atommülls ist der neu zu errichtende Schacht V das zentrale Projekt, dessen Fertigstellung beschleunigt werden muss.



NOTRUF WOHNUNGSMARKT

Die Initiative stellt sich vor

von Henning Voß, Sprecher der Initiative „Notruf Wohnungsmarkt“

Im Herbst 2013 beschließen unter der fachlichen Begleitung der Zentralen Beratungsstelle Braunschweig die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten (Wohnungslosenhilfe) und die CURA e.V. Braunschweig (Straffälligenhilfe) zusammen mit dem Betreuungsverein Institut für persönliche Hilfen eine Initiative zu gründen, die sich politisch dafür einsetzt, auf die sich zunehmend verschärfende Situation auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam zu machen und die Situation langfristig und nachhaltig zu verbessern. In dem „Notruf Wohnungsmarkt“ beschreiben sie die Situation auf dem Wohnungsmarkt: Immer mehr Wohnungslose verbleiben länger in stationären Einrichtungen, Notunterkünften oder auf der Straße, die Zahl der Menschen, die bei Bekannten unterschlupfen müssen nimmt zu und junge Erwachsene mit sozialen Problemen verbleiben notgedrungen und länger als sinnvoll in ihren Familien.



Foto: Jürgen Schrader / DGB BS

alpsychiatrische Hilfen „Der Weg“ und die Braunschweiger Aids-Hilfe e.V.. Im Juni 2015 unterschreibt mit dem Jugendmigrationsdienst der Caritas BS die mittlerweile 10. Einrichtung den „Notruf Wohnungsmarkt“.

Die Arbeit der Initiative „Notruf Wohnungsmarkt“ Arbeit trägt erste Früchte: Im Sommer 2014 beschließt der Rat der Stadt Braunschweig die Gründung eines Bündnisses für Wohnen. Auf der Auftaktveranstaltung des Bündnisses am 26.01.2015 erhält ein Vertreter der Initiative die Gelegenheit, ein Impulsreferat zu halten, das weitestgehend auf der Situationsbeschreibung und dem Forderungskatalog der Initiative basiert. Vier Vertreter von Institutionen, die in der Initiative Mitglied sind, sitzen für die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (AGW) Braunschweig mit im Bündnis für Wohnen. Im Februar 2015 wird Vertretern der Initiative das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Braunschweig vorgestellt, um eine frühzeitige Zustimmung und Unterstützung der Initiative zu gewinnen

Gleichzeitig erheben sie folgende Forderungen:

- Den Erhalt und Ausbau kommunaler Belegrechte und den Ausbau des Probewohnens
- Die Nutzung leerstehenden Wohnraums
- Die Festlegung angemessener Mietobergrenzen (für Bezieher von Sozialhilfe und „Hartz V“)
- Und eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus

Im Februar 2014 berichtet die Braunschweiger Presse über die Initiative „Notruf Wohnungsmarkt“ und die verdeckte Wohnungslosigkeit. In der Folgezeit wird in der Braunschweiger Presse immer wieder über typische Schicksale der verdeckten Wohnungslosigkeit berichtet.

Am 08.05.2014 veranstaltete der Paritätische Braunschweig, dem 2 Gründungsmitglieder der Initiative angehören, eine Kandidatenbefragung zur Oberbürgermeisterwahl am 15.06.2014, bei der das Thema Wohnen für sozial Benachteiligte eines der 3 Fragenkomplexe darstellt. „Bezahlbarer Wohnraum“ wird zu dem zentralen Thema des OB-Wahlkampfes. Im Laufe des Jahres unterschreiben noch die Sprungbrett gGmbH, die Beratungsstelle BETA sowie die Schuldnerberatungsstelle alle drei des DRK den Notruf und treten der Initiative bei. Es folgen der Verein für gemeindenaher sozi-

Mitte Juni 2016 schreibt die Initiative alle Ratsfraktionen mit der Bitte an, dass bei drei aktuellen Baugebieten mit ca. 730 Wohnungen, 20 % der neu zu bauenden Wohnungen mit Fördermitteln (Sozialer Wohnungsbau) errichtet werden sollen.

Am 13.09.16 beschließt der Rat der Stadt Braunschweig tatsächlich, dass bei allen Bebauungsplänen im Geschosswohnungsbau 20 Prozent aller neuen Wohnungen mit Fördermitteln (Sozialer Wohnungsbau) gebaut werden müssen. Außerdem soll die Stadtverwaltung ein „kommunales Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ erarbeiten

Im Frühjahr 2017 wird dieses Konzept vorgelegt und auch im Rat der Stadt verabschiedet. Desweiteren nimmt im Laufe des Jahres 2017 die Zentrale Stelle für Wohnraumvermittlung ihre Arbeit auf und kauft bis Ende des Jahres die ersten zusätzlichen Wohnungen fürs Probewohnen an.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass seit Gründung der Initiative einiges in der Stadt auf den Weg gebracht worden ist. Nahezu alle Forderungen der Initiative wurden von Rat und Verwaltung aufgenommen. Doch trotzdem verbessert sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt für Haushalte mit geringem Einkommen nicht. Dies gilt ebenfalls für sozial Benachteiligte.

Die Zahl der preisgünstigen Wohnungen, die bis 2020 gebaut werden sollten, wird voraussichtlich erst im Jahre 2025 erreicht. Da bis dahin weitere Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, wird somit die Zahl bezahlbarer Wohnungen weiter abnehmen. Bezahlbarer Wohnraum ist auch aktuell kein Randthema mehr, sondern ist in der Mitte der Gesellschaft längst angekommen. Selbst Personen und/oder Familien, die sich in Beschäftigung befinden und zu den unteren Einkommensgruppen zählen, sind mittlerweile nicht mehr nur gefährdet, sondern auch immer mehr davon betroffen. Wer dann mit der Biographie wohnungslos, straffällig ect. kommt, hat eigentlich gar keine Chance mehr.

Die Stadt wird langfristig nicht drum rum kommen, selbst preiswerte Wohnungen anzumieten, zu kaufen oder zu bauen – wenn die Verdrängung dieser Haushalte in die umliegenden Kommunen gestoppt werden soll.

Und: Wir brauchen für die rund 500 wohnungslosen Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger zeitnahe Lösungen!

VEREIN FÜR SEXUELLE EMANZIPATION E.V.

Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle und trans*- und intergeschlechtliche Menschen

Der Verein für sexuelle Emanzipation (VSE) e. V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1989 zur Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle und trans*- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) in Braunschweig und der Region entwickelt.

Vor allem durch die Organisation des Sommerlochfestival | CSD Braunschweigs und der Trägerschaft über das queere Zentrum Onkel Emma ist der VSE überregional bekannt.

Seit 1996 findet das Sommerlochfestival | CSD Braunschweig in der Stadt Braunschweig und der Region statt. Anfangs als eintägiges Straßenfest am Rande der Innenstadt ausgerichtet umfasst es heute ein zweiwöchiges Rahmenprogramm aus vielfältigen politischen, informativen und kulturellen Veranstaltungen in und um Braunschweig, eine Demonstration (CSD-Parade) durch die Braunschweiger Innenstadt und die zweitägige Kundgebung im Herzen der Stadt sowie eine offizielle Sommerlochfestival-Abschluss-Party.

Onkel Emma
das queere Zentrum

Die Ziele des Sommerlochfestival | CSD Braunschweig sind: die Integration lesbischer, schwuler, bisexueller, trans*- und intergeschlechtlicher Mitbürger:innen in der Region zu stärken, gegen Diskriminierung und für die gesellschaftliche und politische Gleichstellung sowie Akzeptanz vielfältiger Lebensweisen zu demonstrieren.

Im November 2011 konnte mit Unterstützung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, der Stadt Braunschweig und weiterer Sponsoren das queere Zentrum „Onkel Emma“ in der Echternstraße eröffnet werden. Seitdem ist es Treffpunkt und Identifikationsmerkmal für die Braunschweiger Community und bereichert mit zahlreichen Veranstaltungen die Kulturlandschaft der Stadt Braunschweig. Gruppenabende, kulturelle Ver-

VSE e.V.
Verein für sexuelle Emanzipation

staltungen, Vorträge und Beratungsangebote sind Bestandteile des festen Programms.

Zahlreiche Gruppen haben unter dem Dach des VSE eine neue Heimat gefunden. Mehrere Aktivitäten und Initiativen werden vom VSE unterstützt und organisiert, u. a. die alljährlichen Kulturtag „Warmer Winter“, das „QueerCinema“ im C1, die queere Jugendgruppe JOE, das Queer-Refugee-Team oder das Schulaufklärungsprojekt „SCHLAU“.

Kontakt:
Verein für sexuelle Emanzipation e.V.
Echternstr. 9, 38100 Braunschweig
Homepage: www.vsebs.de
Tel: 0531 - 615 157 57
Fax: 0531 - 615 157 58
Email: info@vsebs.de

AIDS-HILFE WILL DISKRIMINIERUNG ABBAUEN und sucht dafür Betriebe als Partner

HIV-Positive werden häufig im Arbeitsleben diskriminiert. Aber im Berufsalltag bestehen keine Ansteckungsrisiken. Und es gibt kein „Berufsverbot“ für HIV-Positive. Zwei Drittel aller Menschen, die mit der Infektion leben, sind erwerbstätig. Durch moderne Medikamente sind sie im Durchschnitt auch nicht häufiger krank als andere. Aus Angst vor Repressalien vermeiden die meisten HIV-Positiven jedoch, mit ihrer Infektion im Berufsalltag offen umzugehen.

Um Vorurteile abzubauen, hat die AIDS-Hilfe die Kampagne „Positiv eingestellt“ gestartet. Mit dieser bundesweit einzigartigen Aktion will die AIDS-Hilfe möglichst viele Unternehmen und Betriebe als Partner gewinnen, die für einen respektvollen Umgang mit HIV-positiven Menschen am Arbeitsplatz stehen.

Bereits 57 ganz unterschiedliche Partner aus Wirtschaft, Verwaltung, Kirche, Forschung und Lehre unterstützen diese Kampagne. Aber das ist noch nicht genug - es sollen mindestens 100 Unterstützer werden!

Wie kannst du uns unterstützen? Bitte sprich die Arbeitnehmervertretung oder Leitung deines Betriebes an, um Partner der Kampagne zu werden.

Kontakt:
Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.,
Eulenstr. 5, 38114 Braunschweig.

Ansprechpartner:
Jürgen Hoffmann
Tel. 580030
Mail: info@braunschweig.aidshilfe.de
Mehr Informationen
www.positiv-eingestellt.net



Um unsere Arbeit weiter führen zu können, freuen wir uns auch über finanzielle Unterstützung und stellen natürlich eine Spendenquittung aus.

Spendenkonto:
IBAN: DE40 3006 0601 0004 3995 52

Foto (links): aids Hilfe BS | Foto (rechts): Jürgen Schrader / DGB BS



100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

vom DGB-Arbeitskreis Novemberrevolution

Es war der Arbeiter- und Soldatenrat, der während der Novemberrevolution von 1918 ein Gesetz erließ, mit dem Frauen in Deutschland erstmals das aktive und passive Wahlrecht erhielten.

1949 fand dieser historisch bedeutsame Durchbruch für die Gleichberechtigung seinen Niederschlag im Grundgesetz. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, heißt es dort in Artikel 3. Nach der in zähem Ringen erkämpften rechtlichen Gleichstellung gilt es seitdem, auch die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen. Und wiederholt zeigt sich: Frauen brauchen bei allem, was sie fordern, einen langen Atem.

100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist das deutsche Parlament so männlich wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Nur ein Drittel der Abgeordneten sind Frauen. Und Rechtspopulisten, mit ihrem rückständigen Frauenbild und ihren Familienvorstellungen von gestern, wollen Frauen wieder in enge Schranken weisen. Zugleich werden Frauenberufe immer noch schlechter bezahlt, stehen Frauen vor ungelösten Arbeitszeitproblemen, haben geringere Karrierechancen und zum Schluss eine kleinere Rente als Männer.

Darum verteidigen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, was unsere Vorkämpferinnen erreicht haben und treiben voran, wofür sie den Grundstein legten: Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in wirtschaftlicher Unabhängigkeit auch für Frauen!

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie sich zu diesem Ziel bekennt und alles daran setzt, die grundrechtliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei Arbeitszeiten, Entgelt und Rentenbezug endlich zur Lebenswirklichkeit zu machen..

Wie begann der Kampf um das gleiche Wahlrecht für alle Menschen in Braunschweig vor mehr als 100 Jahren (zitiert aus dem „Volksfreund“:

„Infolge des skandalösen Geldsackwahlrechts, das durch den Kauf des Wahlrechts noch absichtlich für die unteren Volksklassen verschlechtert wird, haben noch nicht 2 Prozent der Bevölkerung 24 Stadtverordnete zu wählen und auf die 98 Prozent des nach dem Gesetze gemeinen Volkes entfallen nur 12 Stadtverordnete!“



Das Stadtparlament besteht also fast nur aus reichen und wohlhabenden Leuten, welche die Not des Volkes gar nicht kennen, aber berufen sind, über das Wohl und Wehe der Bevölkerung zu entscheiden. Dass diese Entscheidungen in sozialen Fragen zumeist zu Ungunsten der werktätigen Bevölkerung ausfallen, ist bei der sozialen Lage der bürgerlichen Stadtverordneten durchaus nicht verwunderlich. Die Vertreter der 2 Prozent der Stadt-Braunschweiger Bevölkerung nutzen ihre Macht als Stadtverordnete brutal aus, um die Arbeitervertreter, die Vertreter der Interessen der 98 Prozent der Bevölkerung, auch in der Stadtverwaltung selbst noch zu entrechten. Jedes Anstandsgefühl setzen die Kapitalistenvertreter, ohne mit der Wimper zu zucken, beiseite. Macht geht vor Recht! Nach diesem Grundsatz handeln sie.“

Dreiklassenwahlrecht und soziale Diskriminierung

Das Herzogtum Braunschweig war eines von den 22 monarchisch regierten Ländern im Deutschen Reich. Regierungsoberhaupt war der Kaiser im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie. Zwar bestand für den Reichstag das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, aber nur für Männer ab einem Alter von 25 Jahren. Dagegen bestand in den meisten Ländern ein Drei-Klassenwahlrecht, Frauen ausgeschlossen – ebenfalls im Herzogtum Braunschweig.

Die Braunschweigische Landesversammlung am Eiermarkt – im Volksmund als „Bauernstube“ bezeichnet – setzte sich aus 18 Privilegierten, davon 4 Großgrundbesitzer, 3 Großgewerbetreibende, 5 Höchstbesteuerte, 4 Vertreter der akademisch vorgebildeten Berufsstände, 2 Vertreter der lutherischen Landeskirche sowie weiteren 30 Abgeordneten

zusammen, die nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählt wurden, „eine Bauernstube“ – so karikiert der „Volksfreund“ am 15. November 1908 – „in die nur diejenigen Bauern hineindürfen, die die meisten und die dicksten Kartoffeln haben...“

Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht

Zu einer großen Wahlrechtsdemonstration kam es in Braunschweig am 26. Januar 1910: In mehreren Menschenzügen zogen über 10.000 Männer und Frauen – teilweise singend – zum Bohlweg, um vor den Fenstern des Ministeriums das Hoch auf ein gleiches Wahlrecht einzustimmen. Dieser Tag ging im Volksmund als „Braunschweiger Bartholomäusnacht“ in die Erinnerung ein. Denn mit Säbelattacken griff die Polizei die bereits zurückweichenden Demonstranten an, so dass zahlreiche Personen durch Säbelhiebe, vor allem am Kopf, verletzt wurden. Der „Volksfreund“ schrieb dazu zwei Tage später: „Braunschweig ist das Kosakenland in Deutschland, bei uns herrscht der Polizeisäbel unbeschränkt“.

Zwar wurde die SPD im Herzogtum Braunschweig 1912 mit 49 % Stimmenanteil die stärkste Partei, erhielt aber dennoch kein Abgeordnetenmandat für das Landesparlament.

Auch während der Kriegszeit, in der der Kaiser angeblich keine Parteien, sondern nur noch „Deutsche“ zu kennen vorgab, waren weder die politischen Eliten in Preußen noch die in Braunschweig bereit, das Dreiklassenwahlrecht zu ändern, geschweige abzuschaffen.

Es dauerte noch bis zur Revolution, in Braunschweig am 8. November 1918, erst danach gab es erstmals ein gleiches Wahlrecht für alle.

FIGHT THE POWER

– GEMEINSAM FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Braunschweiger Jugendbündnis im achten Jahr in Folge vom Jugendbündnis zum 1. Mai

Auch im Jahr 2018 formierte sich ein eigenständiges Jugendbündnis zum 1. Mai. Der zentrale Gedanke aus dem Jahr 2011 trägt sich bis heute und auch zukünftig fort:

„Wir wollen die unterschiedlichen Kämpfe von Gewerkschaftsjugendenden, Jugendverbänden, -initiativen, -organisationen und autonom agierenden Gruppen zusammenführen und eine Vernetzung dieser Strukturen und ihrer Arbeit vorantreiben. Was uns eint, ist die Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft, jenseits der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur. Daher lautet unser Motto: „Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!“

Neben diesem verbindenden Grundsatz ist es uns hierbei ebenso wichtig, auf aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft einzuwirken und uns in Auseinandersetzungen einzumischen. 2011 veranlasste uns der geplante Aufmarsch von Faschisten unter dem rassistischen Motto „Tag der deutschen Zukunft: Unser Zeichen gegen Überfremdung“, den 1. Mai und unser Bündnis zu nutzen, um für gemeinsame Gegenaktivitäten zu mobilisieren. Zudem begleiteten uns in den vergangenen Jahren die andauernde Krise des Kapitalismus und

die damit voranschreitende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse junger Lohnabhängiger Beschäftigter.

Seit dem Jahr ist es uns gelungen, durch kontinuierliche Arbeit immer mehr junge Menschen zum 1. Mai zu mobilisieren. Alleine die 450 Beteiligten am Jugendblock auf der 1. Mai-Demonstration im vergangenen Jahr, sprechen eine deutliche Sprache. Diese Zahl zeigt, dass junge Menschen alles andere als politisch desinteressiert sind. Vielmehr werden ihre Stimmen und Ideen zu wenig wahrgenommen.

Der momentane gesellschaftliche Gesamtzustand ist Ausdruck einer Entwicklung, die bereits seit einigen Jahren im vollen Gange ist: nicht nur in Deutschland und Europa braut sich ein explosives Gemisch aus Autoritarismus, aggressivem Neoliberalismus und offen zu Tage tretendem Faschismus zusammen. Durch wirtschaftliche Krisen gewachsene Ängste und menschenverachtende Projektionen von rechts treibt die gesamtgesellschaftliche Entsolidarisierung in einem dramatischen Tempo voran.

In diesem Klima ist es kaum verwunderlich, dass einer Partei wie der AfD mit fast 13 % der

Einzug in den Bundestag gelingt. Wenig verwunderlich ist es dann, wenn Nazis, durch ihren parlamentarischen Arm verstärkt, mit neuem Selbstbewusstsein auftreten und politische Gegner_innen einzuschüchtern versuchen. So wollen am 2. Juni 2018 wieder einmal Faschist_innen den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ in unserer Region abhalten. Dieses Mal in Goslar. Wir wollen an diesem Tag klar machen, dass es auch in unserer Region keinen Platz für rechte Hetzrede gibt!

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft ohne Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung. Egal ob in Schulen, Betrieben, der Uni, im Fußballstadion, der Eckkneipe oder anderen gesellschaftlichen Räumen: Wir treten ein für ein solidarisches Miteinander und gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie.

Uns eint der Kampf gegen den Kapitalismus und einen fortschrittliche Perspektive. Unser Motto lautet daher: „Fight the power – Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft“

**Wir sehen uns am 1. Mai!
Gemeinsam für eine solidarische
Gesellschaft.**

Foto: Jürgen Schrader / DGB BS



IG METALL-JUGEND BRAUNSCHWEIG

von David Rösler

Als IG Metall-Jugend Braunschweig vertreten wir die Interessen und Belange von über 2400 jungen Menschen aus den Betrieben dieser Region. Neben der allumfassenden Verbesserung der Bedingungen rund das Thema Ausbildung engagieren wir uns auch über den Betrieb hinaus gesellschaftspolitisch. Unser Fokus liegt dabei auf:

1. Bildungsarbeit

Bildungsarbeit ist ein elementarer Bestandteil gewerkschaftlicher Betätigung. In den letzten fünf Jahren haben knapp 260 Braunschweiger Jugendliche unser Grundlagenseminar „Jugend 1“ zur politischen Teilhabe im Betrieb und der Gesellschaft besucht. Zahlreiche weitere Seminare zu den Themen Mitbestimmung, Tarif, Antikapitalismus, Antirassismus und viele weitere sind unverzichtbar für ein emanzipatorisches und solidarisches Selbstverständnis.

2. Aufklärung, Mobilisierung & Protest

Alle ver.di-Mitglieder bis zum vollendeten 28. Lebensjahr bilden die ver.di Jugend. Hier im Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen gibt es in Braunschweig eine neu zusammengesetzte, kleine ver.di-Jugend-Gruppe, die sich über neue Leute freut.

Wir sind offen für jede*n, unabhängig von der politischen Orientierung. Nur rechtes, rassistisches oder in irgendeiner Form diskriminierendes Gedankengut hat bei uns keinen Platz. Wir bieten jungen Menschen die Möglichkeit, vor Ort eigene Projekte zu planen,



Wo Unrecht geschieht, muss klar und laut darauf hingewiesen werden. Das machen wir, mit dem IG Metall-Ortsjugendausschuss (OJA) und in der Bündnisarbeit mit anderen Organisationen. Die Proteste in

der Vergangenheit gegen Bragida, TTIP, den G20-Gipfel und die Kürzungen im Bildungsbereich gehören genauso dazu wie unsere jährliche Nikolausaktion oder die Teilnahme am 1. Mai.

3. Bessere Arbeitsbedingungen

Niedrige Einkommen, ein menschenunwürdiges Leben, systematische Verbauung von Lebensentwürfen oder die fehlende Übernahme nach der Ausbildung. Für diese Themen kämpfen wir als Gewerkschafter_innen jeden Tag. Eine wesentliche Errungenschaft der letzten Jahre ist der gesetzliche Mindestlohn. Aber auch tariflich erreichen wir Jahr für Jahr die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der tarifgebundenen abhängig Beschäftigten. Zahlreiche Jugendkampagnen wie beispielsweise „Revolution Bildung“, „modern bilden“ oder „BBS ohne Stress“ (zur Verbesserung der Berufsschulqualität) bewirken konkrete Verbesserungen der Bildungsmöglichkeiten und damit eine Perspektive für die Lebensplanung.

VER.DI JUGEND BRAUNSCHWEIG

von Ulrike Lorenz



zu organisieren und durchzuführen. Das alles mit tatkräftiger Unterstützung durch die Jugendsekretärin. Der ver.di Jugend werden keine Themen vorgesetzt, sondern es wird

gemeinsam entschieden, was man angehen will. Denn ver.di-Jugend ist, was die Mitglieder daraus machen. Wir treffen uns regelmäßig, derzeit an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat um 18 Uhr bei ver.di im 2.OG des Gewerkschaftshauses in der Wilhelmstraße.

Nähere Infos gibt es bei Ulrike, der zuständigen Jugendsekretärin. Du erreichst sie per Mail Ulrike.Lorenz@verdi.de, Telefon 0531 – 24408-34 oder Facebook www.facebook.com/verdijugendson. Komm vorbei und sei dabei! Deine ver.di-Jugend Braunschweig

JUNGE BAU - IG BAUEN-AGRAR-UMWELT

von Claudia Kell

Wir sind noch im Aufbau und treffen und jeden zweiten Freitag Monat ab 18 Uhr im Solicafé direkt neben dem Gewerkschaftshaus und heißen alle interessierten jungen Menschen herzlich Willkommen.

Wenn du Lust hast, bei uns aktiv zu werden, melde dich gern bei:

Claudia Keil
Jugendsekretärin IG BAUEN-AGRAR-UMWELT
Region Niedersachsen
Tel. 01605350630 | Mail: claudia.keil@igbau.de



DGB-JUGEND TEAMENDENARBEITSKREIS

Solidarisch-nett / Gender-gerecht / Antikapitalistisch-frech / Mitbestimmungs-echt / Bildungs-fresh
vom Teamendenarbeitskreis DGB-Jugend Braunschweig

Der Teamendenarbeitskreis (TAK) setzt sich aus ehrenamtlich engagierte junge Menschen, Schüler*innen, Azubis, Studierende oder auch Arbeits- aber nie Beschäftigungslose zusammen, die sich der politischen Bildungsarbeit in der DGB-Jugend Braunschweig engagieren. Das Ziel unserer Arbeit ist es, gesellschaftliche Missstände aufzudecken und die Strukturen dahinter zu verstehen. Da im schulischen Alltag kritisches und reflektiertes Denken eher weniger gefördert wird, wollen wir einen Raum für politisches Bewusstsein schaffen.

Unsere Schwerpunkte liegen zum Beispiel im Bereich der Demokratie und Mitbestimmung. Dort zeigen wir auf, wie Gewerkschaften funktionieren und welche Möglichkeiten der Mitsprache und Mitwirkung im beruflichen Kontext existieren. Darüber hinaus werden beispielsweise Rechte und Pflichten in der Ausbildung thematisiert und über konkrete Probleme, die dort entstehen, gesprochen.

Ein anderes Kerngebiet ist das Themenfeld Courage. Hierbei wird die Partizipation der Teilnehmenden großgeschrieben und gemeinsam auf strukturelle gesellschaftliche Gegebenheiten geschaut, welche Rassismus und andere Diskriminierungsformen ermöglichen. Eine weitere Herzensangelegenheit ist der Kampf gegen Sexismus, Homofeindlichkeit und Transfeindlichkeit. Dies sind Probleme, über die nur selten ausführlich in unserer Gesellschaft gesprochen werden. Wir schaffen einen Raum, der eine tiefgehende Auseinandersetzung bietet und in dem es möglich ist,



Fotos (oben + unten): Jürgen Schrader / DGB BS

einfach auch mal locker über Liebe, Sex, Geschlechter, Freundschaft und allem was dazu gehört, zu quatschen.

Der TAK erreichte letztes Jahr mit sämtlichen Seminaren, Veranstaltungen und Ausstellung mehr als 1500 Teilnehmende.

Du willst selber Seminare in deine Schule oder Jugendgruppen holen? Nichts einfacher als das, schreib einfach der zuständigen Jugendbildungsreferentin Denise Steinert eine Email an: dgb-jugend.bs@dgb.de und vereinbare einen Termin um das Anliegen zu besprechen.

Oder du willst selber im Teamendenarbeitskreis aktiv werden? Die Voraussetzung selbst Seminare teamen zu können, ist zum einen die regelmäßige Teilnahme am monatlichen

TAK-Treffen und zum anderen Qualifikationsseminare in den verschiedenen Themenbereichen. Dort lernst Du die Inhalte kennen und bekommst Methoden an die Hand, die eine gute Vermittlung ausmachen. Auch in diesem Fall, eine E-Mail an Denise und du wirst mit allen Informationen versorgt, die du brauchst.

Fotos : Maik Matthias, Maik Neumann (www.d-welt.de)



Foto: Jürgen Schrader

AUGUST MERGES

Ein Schneider als Präsident
von David Janzen



8. November 1918: Die Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates (v.l.n.r.: Hermann Meyer, Hermann Schweiss, August Merges, Paul Gmeiner, Henry Finke und Friedrich Schubert.)

geboren wurde August Merges am 3.3.1870 in der Nähe von Saarbrücken. Nach einer Schneiderlehre ließ er sich in Delligsen nieder. Er heiratete, bekam Kinder und wurde für die SPD in den Gemeinderat gewählt. Danach verwaltete er das Gewerkschaftshaus in Alfeld. 1910 zog er nach Braunschweig und arbeitete für den sozialdemokratischen „Volksfreund“ als Redakteur.

1914, nach „Ausbruch“ des I. Weltkrieges, organisierte Merges den sogenannten „Revolutionsklub“. Der bestand aus einer Handvoll Sozialdemokraten, die in Opposition zum kriegsunterstützenden Parteivorstand standen. Aus diesem Diskussionszirkel entstand die „Spartakusgruppe Braunschweig“. Merges und Genoss*innen organisierten Streiks und Demonstrationen gegen den Krieg und versorgten Deserteure mit gefälschten Papieren. Schließlich gelang es, fast die gesamte Partei auf Oppositionskurs zu bringen, so dass 1917 bei der reichsweiten Spaltung der SPD in Braunschweig 90 % der Mitglieder Merges in die USPD folgten.

Als 1918 in Kiel die Matrosen meuterten, brach auch in Braunschweig die Revolution aus. Am 8. November sprach Merges vor über 20.000 Menschen vor dem Schloss, auf dem die rote Fahne gehisst wurde. Merges ging mit einer Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates zum Herzog, der seine Abdankung erklärte. Am 10. November wurde er zum Präsident der „Sozialistische Republik Braunschweig“ ernannt.

Als wenige Monate später deutlich wurde, dass eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie sich durchsetzen würde, legte er seine Ämter nieder. Im April riefen die Spartakisten den Generalstreik aus und forderten eine sozialistische Räterepublik. Daraufhin ließ die sozialdemokratische Reichsregierung Freikorps-Truppen in Braunschweig einmarschieren. Die bis dahin friedliche Revolution wurde blutig niedergeschlagen. Merges tauchte unter und war für die neugegründete KPD tätig.

Als sich 1920 die KPD spaltete, beteiligte er sich an der Gründung der rätekommunistischen „Kommunistischen Arbeiterpartei“ (KAPD). Für diese reiste er zum Kongress der 3. Internationalen nach Moskau und traf dort Lenin. Noch vor Beginn des Kongress reiste die KAPD-Delegation aus Protest gegen die Aufnahmebedingungen wieder ab.

Später verließ er die Partei und näherte sich der anarcho-syndikalistischen „Freien Arbeiter-Union“ (FAU) an. Er war außerdem in der Roten Hilfe aktiv. 1926 war Merges Mitbegründer des „Spartakusbund Nr. 2“, einem Zusammenschluss linksradikaler Splittergruppen.

1935 wurde Merges von der Gestapo verhaftet, weil er antifaschistische Broschüren verfasst haben soll. In den Verhören wurde er misshandelt und schliesslich wegen „Hochverrat“ verurteilt. Als er wegen Haftunfähigkeit entlassen wurde, kam er sofort in „Schutzhaft“. Nach-

dem er unter Auflagen freigelassen wurde, brachte ihn sein Sohn 1944 in einem Kleingartenverein unter, da er selbst nicht mehr in den Luftschutzkeller gehen konnte. Dort starb er am 6.3.1945 aufgrund seines durch die Misshandlungen geschwächten Gesundheitszustandes.

Mehr über das Leben von Merges gibt es hier: www.august-merges.info

--- Anzeige ---

Wir sind vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammenschließen, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle gemeinsam gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für über 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir mehr als drei Millionen Mittelständlern zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern Spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 Existenzgründer in die Zukunft. Auf die Zukunft ist auch die Wirtschaft in unseren Regionen vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und füreinander-da-Sein bedeutet, unterstützen wir mit über 700 regionalen Stiftungen Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die Gemeinschaft einsetzen. Und mit mehr als 450 Millionen Euro pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus Überzeugung. Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende Vereine große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen und damit auch den kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Uns allen wird alles glücken, wenn jeder mitmacht. Warum nicht auch Sie? Erleben Sie, dass Gemeinschaftssinn nicht nur sinnvoll ist, sondern auch glücklich macht – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm: www.allemgewachsen.de

Gemeinsam #AllemGewachsen

*Zahl bezogen auf die Sparkassen-Finanzgruppe, alle anderen Angaben auf die Gesamtzahl der Sparkassen.

TEAM

Top Partner

S





JUNG UND PREKÄR – ALT UND ARM?! Jungen droht deutliche Rentenlücke von Jürgen Reuter, DGB-Vorstand SV Braunschweig

Jungen Menschen in Deutschland drohen im Ruhestand einer Studie zufolge deutliche Einbußen. Vor allem die jüngere Generation müsse zusätzlich zur gesetzlichen Rente vorsorgen, um ihren Lebensstandard im Alter zu sichern, heißt es in dem [am 10.10.2017] veröffentlichten „Vorsorgeatlas Deutschland“ der Fondsgesellschaft Union Investment, die auch Vorsorgeprodukte der privaten Altersvorsorge anbietet. Die heute 20- bis 34-Jährigen, die besonders von den vergangenen Rentenreformen [Rentenkürzungen, J.R.] betroffen sind, brauchen demnach etwa 800 Euro im Monat zusätzlich. ... Die Forscher gehen davon aus, dass zur Sicherung des Lebensstandards im Alter 60 Prozent des letzten Bruttoeinkommens notwendig sind.“ (BZ 11.10.2017)

Entsprechend dieser Situation war die Rentenpolitik der Bundesregierung ein Schwerpunkt des DGB im Bundes- und Landtagswahlkampf 2017. In Braunschweig fanden dazu drei Wahlforen statt, wurden Schulbesuche durchgeführt, ein Wahlauftritt verschiedener Persönlichkeiten wurde initiiert. In allen Diskussionen wurde klar: Die Menschen wollen kein „Weiter so!“. Sie wollen keinen weiteren Sozial- und Demokratieabbau.

Länger arbeiten für wenig Rente? Das ist keine Alternative für Gewerkschafter*innen. „Wir brauchen wieder eine gesetzliche Rente, auf die man sich verlassen kann“, unterstrich Michael Kleber, DGB-Regiongeschäftsführer.

Deshalb wandte sich der DGB-Stadtverband Braunschweig seit März 2017 mit sechs Wochenmarkt-Aktionen, der Hbf-Pendler-Aktion „Renten-Sinkflug stoppen!“ mit Befragung am 31.05.2017 und einem Radio Okerwelle-Interview im August direkt an die Kolleg*innen.

Die Gespräche auf den Märkten zeigten uns: Die mögliche Altersarmut wird von der Mehrheit der Kolleg*innen realistisch eingeschätzt und verunsichert sie, macht sie teilweise wütend, führt aber auch zu Resignation.

Bei der Pendler-Aktion am Hauptbahnhof wollten wir genauer wissen, wie die Kolleg*innen ihre Situation im Alter einschätzen. Bisherige Untersuchungen wurden bestätigt: Insgesamt wurden von vier Interviewer*innen 256 Gespräche dokumentiert. Nicht gezählt wurden Beamt*innen, so dass wir mit ca. 300 Personen über die gesetzliche Rente gesprochen haben. Von den Dokumentierten waren



Infostand auf dem Markt Nibelungenplatz

Fotos: DGB Stadtverband Braunschweig

98 (38 %) zwischen 20 und 30 Jahren alt. Von den 20- bis 35-Jährigen sprachen wir mit 123 (48 %). Diese Altersgruppe haben wir bei unseren Gesprächen auf den Märkten fast gar nicht erreicht. Bei den unter 20- bis 55-Jährigen ist die Meinung mehrheitlich (57 bis 83 %), dass die Rente „nicht für ein würdiges Leben im Alter reicht“. Die 26- bis 45-Jährigen stimmten dieser Vorstellung am meisten (73 bis 83 %) zu. Dabei ist die Zustimmung mit 83 % bei den 26- bis 30-Jährigen am höchsten. Diese unsichere soziale Perspektive ist mit ein Grund für die politische Position „Kein Weiter so!“ und der Suche nach politischen Alternativen bzw. Wahlenthaltung. In dieser Altersgruppe hat die AfD bisher ihre höchsten Zustimmungswerte.

Pendlerbefragung am Hauptbahnhof Braunschweig 31.05.2017



Das Fazit von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach zu den Rentenplänen der AfD: „45 Jahre einzahlen, sonst keine Rente. Das heißt für viele: Schuftun bis 70 und länger, andere gehen ganz leer aus.“

Die Realität der Kolleg*innen, Unsicherheit im Alter und wahrscheinliche Altersarmut wurde von den Medien im Bundestagswahlkampf fast völlig ausgeblendet. Erst nach der Wahl gab es hierzu Meldungen (s.o.). Auch die Beschlüsse der neuen Bundesregierung sind kein ausreichender Kurswechsel in der Rentenpolitik. Deshalb ist es richtig, dass der DGB die Kampagne für eine armutsfeste, gesetzliche Rente weiter führt und sie mit der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“ verbindet.



Minna Faßhauer (geb. Nikolai) kommt am 10. Oktober 1875 in Bleckendorf im Bördekreis Wanzleben zur Welt.

Im Alter von etwa 12 Jahren verlässt Minna die Schule und geht in Dienst bei fremden Leuten. Sie arbeitet unter anderem als Dienstmädchen, Waschfrau und Flaschenspülerin sowie in einer Konservenfabrik.

Mit 24 Jahren heiratet sie 1899 den Braunschweiger Schmied Johannes Georg Faßhauer. Um die Jahrhundertwende arbeitet Minna Faßhauer illegal im „Bildungsverein jugendlicher Arbeiter“ mit und setzt sich für Gleichberechtigung sowie die politische Betätigungserlaubnis für Frauen ein.

An der Entwicklung des „neuen Vereins- und Versammlungsgesetz“, welches 1908 in Kraft tritt und Frauen endlich eine politische Betätigung erlaubt, hat Minna Faßhauer entscheidenden Anteil. 1912 tritt sie in die SPD ein und nimmt engagiert an den Frauenkonferenzen der Partei teil, um sich für politische Gleichberechtigung und das Frauenwahlrecht stark zu machen. 1912 - 14 gehört Minna Faßhauer der „Kinderschutzkommission“ des Landes Braunschweig an. 1913 eröffnet sie eine Veranstaltung zum internationalen Frauentag in der Hohetorschänke Braunschweig. 1918 wird durch den Arbeiter- und Soldatenrat die „Sozialistische Republik Braunschweig“ ausgerufen, in welcher Minna Faßhauer als „Volkskommissarin für Volksbildung“ berufen wird.

In ihrem Amt schafft Faßhauer die kirchliche Schulaufsicht (21.11.18 „Neuordnung Volksschulaufsicht“) ab, setzt die Altersgrenze der Religionsmündigkeit auf 14 Jahre herab und tritt für die weltliche Einheitsschule ein.

Bei den Landtagswahlen im Dezember 1918 wird Minna für die USPD Mitglied im Landtag; sie ist Präsidiumsmitglied der USPD. Im Februar 1919, mit dem Beginn der Regierungskoalition aus SPD und USPD, legt sie ihr Landtagsmandat im März 1919 nieder. 1921 wird sie wegen eines „Vergehen gegen das Entwaffnungsgesetz“ verurteilt, später amnestiert. 1921 wird Faßhauer mit einer Reihe von Sprengstoffanschlägen in Zusammenhang gebracht. Eine Beteiligung kann ihr nicht nachgewiesen werden. Sie sitzt über ein Jahr in Untersuchungshaft, womit sie ihre Strafe (neun Monate) bei Urteilsbegründung bereits verbüßt hat. 1934 wird Minna erneut verhaftet, wegen Hochverrat angeklagt und zu einer zweijährigen Haftstrafe im Frauen-KZ Moringen verurteilt.

MINNA FASSHAUER – eine kurze Biografie



Foto: Jürgen Schrader / DGB BS | Grafik: P. Frank (www.d-welt.de)

Nach Kriegsende ist Minna in der KPD auf Landesebene (Frauenpolitik) und kommunal aktiv. Am 28. Juli 1949 stirbt Minna Faßhauer während einer Frauenveranstaltung der KPD in Braunschweig. Mehr zu Minna: minna-fasshauer.de

FRAUENORT MINNA FASSHAUER

Leben und Wirken von Frauen in der Geschichte gehören zu unserem kulturellen Erbe. Frauengeschichte und Frauenkultur müssen jedoch in der Erinnerungskultur noch fester verankert werden – das ist die kultur- und frauenpolitische Überzeugung des Landesfrauenrates Niedersachsen (www.frauenorte-niedersachsen.de).



Mit der Initiative frauenORTE Niedersachsen werden landesweit Stadt- und Regionalgeschichte aus dem Blick von Ricarda Huch betrachtet. Erzählt wird von ihren Leistungen, die sie auf politischem, kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und/oder wissenschaftlichem Gebiet vollbracht haben.

Auf Initiative des DGB-Kreisfrauenausschusses ist es nun gelungen, dass Braunschweiger Regionalgeschichte künftig nicht nur unter dem Blick von Ricarda Huch betrachtet wird: Im Herbst 2018 wird auch Minna Faßhauer in den Kreis der historischen Persönlichkeiten aufgenommen werden.

Unterstützung hatten die DGB-Frauen dabei von dem DGB-Arbeitskreis Minna Faßhauer. Der „AK Minna“ trifft sich regelmäßig und hat bislang u. a. eine umfangreiche und informative Internetseite zum Leben und Wirken von Minna Faßhauer zusammengestellt: www.minna-fasshauer.de

Derzeit bestimmen die Vorbereitungen auf die Einrichtung des Frauenort Minna Faßhauer die Arbeit des Arbeitskreises. Neben einer Eröffnungsveranstaltung soll bis zum Herbst u. a. ein Stadtrundgang mit Informationen zu Minna Faßhauer entwickelt werden.

Wer Interesse an einer Mitarbeit im AK Minna hat, kann sich auf der Internetseite jederzeit über die aktuellen Termine informieren: www.minna-fasshauer.de

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION

Bildungspolitik (Minna Faßhauer)

Einer der kritikwürdigsten Bereiche war für die Braunschweiger ArbeiterInnenbewegung der Bereich Schule. Ihre Kritik war ambivalent: zum einen war die Einbeziehung aller Familienmitglieder in den Erwerbsprozess überlebensnotwendig, zum anderen hatte sie ein elementares Interesse daran, dass ihre Kinder zu „aufrechten Sozialisten“ erzogen wurden, wie Clara Zetkin im „Volksfreund“ zitiert wird. Verbesserungen versprachen sie sich von der Einführung der weltlichen Einheitsschule. Die vorhandene Volksschule leistete das nicht. Bereits im „Braunschweigischen Volksfreund“ vom 27. September 1903 setzte sich der Artikel „Die geistliche Schulaufsicht“ damit auseinander, dass Lehrer durch die Kirchenoberen gemäßregelt werden. Clara Zetkin greift das Bildungsthema auf der Sozialistischen Frauenkonferenz 1904 in Bremen auf (Auszüge):

„In sittlicher und moralischer Hinsicht wirkt die geistliche Schulaufsicht in mancherlei Weise auf die Lehrer schädigend; sie ist die Quelle unsägliches Elends und Unglücks für Lehrer und auch für Geistliche.“ ...

Kein Gegenstand steht so sehr im Widerspruch mit den elementaren Forderungen der Pädagogik. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern er tötet es, weil an Stelle des Suchens und Forschens der Glaube an das Wort gestellt wird, weil das Gedächtnis mit totem Ballast beschwert und die Lust am Lernen dadurch verkümmert wird. Die alten Regulative verlangen 180 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, 'nur' 110 Sprüche aus dem Neuen und 20 bis 40 aus dem Alten Testament nebst 20 Gesangbuchversen lernen zu lassen. Darum rechtfertigt sich schon vom pädagogischen Gesichtspunkte die Forderung: Heraus mit der Religion aus der Volksschule!“

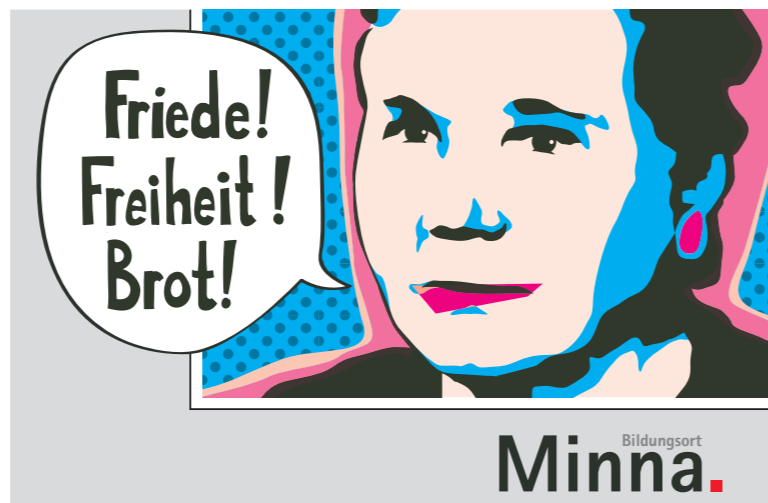
1907 wird Minna Faßhauer von den Organisationen der Arbeiterschaft zur 1. Konferenz sozialistischer Frauen nach Stuttgart delegiert, die zum Thema Frauenwahlrecht einberufen worden war. Ein Thema, welches den Arbeiterinnen in ganz Deutschland unter den Nägeln brannte. Schon für das Erreichen des Vereins- und Versammlungsrechtes war sie unter illegalen Bedingungen aktiv.

Der Volksfreund berichtet 1908 über die 5. Sozialistische Frauenkonferenz in Nürnberg, die unter der Leitung von Clara Zetkin und Luise Zietz stand und veröffentlicht die Referate von Clara Zetkin über „Die Jugendbewegung“ und Käthe Duncker über „Die sozialistische Erziehung im Hause“. Die hier gestellten Fragen bewegen auch die auch die Braunschweiger Arbeiterschaft:

„Was heißt Erziehung?“ „Wie weit geht die Wirksamkeit?“ „Die häusliche Erziehung, der Familienkreis bildet ja nur einen Teil der Einwirkungssphäre, des sogenannten Milieus...“ hören sie und „...Wir brauchen Menschen mit klarem, folgerichtigen, klassenbewußtem Denken, mit starkem Gerechtigkeitsgefühl und sozialem Empfinden, mit festem Willen und solidarischem Handeln...“, die den „hohen Wert der menschlichen Arbeit“ schätzt, denn „...aus diesem Bewußtsein wächst der Stolz und die Würde des Arbeiters...“

Minna Faßhauer nimmt die Konferenzbeschlüsse als Auftrag, sie wird in der Kinderschutzkommission aktiv, setzt sich für Kinderbetreuung ein, für Kindergärten und Kindertagesstätten. Für die Braunschweiger Arbeiterschaft, und auch landesweit ist sie die engagierte und kompetente Wortführerin in Sachen Erziehung und Bildung

Konkrete Schulforderungen werden entwickelt und im „Volksfreund“, der Braunschweiger ArbeiterInnenzeitung, publiziert. Im herzoglichen



Grafik: P. Frank (www.d-welt.de)

Konsistorium, bei Adel und Kirche stoßen diese erwartungsgemäß aber auf taube Ohren.

Nichts hilft...bis die ArbeiterInnenschaft zum erprobten Mittel greift: sie macht ihren Zorn öffentlich. Sie sprechen nun vom „Vorabend der endgültigen Schulverpaffung“ (Volksfreund 14. März 1913). Das setzt sich so und ähnlich fort bis 1918. In diesen Jahren entwickelt die Braunschweiger Arbeiterschaft konkrete Vorstellungen über Form und Inhalt eines humanistischen Schulwesens im Sinne einer sozialistischen Erziehung.

Die Arbeit von Minna Faßhauer wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat so hoch geschätzt, daß sie 1918 zur Volkskommissarin für Volksbildung im Herzogtum Braunschweig ernannt wurde.

Am 21. November 1918, nur 12 Tage nachdem die Revolution siegte, schafft sie per Gesetz die kirchliche Schulaufsicht ab. Damit befreite sie die Schulen von der Oberhoheit und Weisungsbefugnis der Kirche. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte jeder Dorfpfarrer das Recht, nach Gutdünken in die Belange der Schule einzugreifen. Das ging so weit, dass die Lehrpläne den Forderungen der Kirche entsprechend geändert werden konnten.

Sie hob die Geschlechtertrennung an den Schulen auf. Sie verbannte die herrschende Kriegs- und Fürstenverherrlichung aus Schulbibliotheken und Unterricht und ersetzte die Kriegs- durch Kulturgeschichte.

Diese Gesetzeswerke aus der Zeit der Novemberrevolution revolutionierten das Schulwesen nicht nur in ihrer Zeit, sondern entfalten ihre Wirkung bis heute. Viele Schulfachleute und BildungsexpertInnen sind Minna Faßhauer deshalb bis auf den heutigen Tag dankbar.

Minna Faßhauer war eine kluge und tatkräftige Frau, die der bürgerliche Staat vor 1918 um eine angemessene Schulbildung betrogen hatte. Dafür wurde sie von Bildungsbürgertum gering geschätzt und hämisch kommentiert. Auch die Kirche lehnte eine Mitarbeit in der neuen Volksschulkommission ab. Stattdessen wurde Minna Faßhauer auch von dieser Seite als „Flaschenspülerin“ und „Kinoplatzanzeigerin“ beschimpft.

Es ist mündlich überliefert, dass sie energisch und selbstbewusst in einer Landtagsdebatte zur Bildungspolitik eine Rede mit folgenden Worten geschlossen haben soll: „... Und wenn Ihr damit einverstanden seid, dann folgt mich man!“ Versprochen, Minna!



ZWANGSTEILZEIT

für pädagogisches und therapeutisches Fachpersonal an Förderschulen in Niedersachsen endlich beenden!

von Susanne Schmedt, GEW-Kreisverband Braunschweig

An den Braunschweiger Förderschulen Hans-Würtz-Schule und Oswald-Berkhan-Schule (genau wie an allen anderen niedersächsischen Förderschulen mit dem Schwerpunkt körperlich-motorische und geistige Entwicklung) arbeiten neben Förderschullehrkräften viele pädagogische und therapeutische Fachkräfte. Hierzu zählen vor allem ErzieherInnen, HeilerziehungspflegerInnen, ErgotherapeutInnen, PhysiotherapeutInnen und LogopädInnen.

Arbeitgeber ist das Land Niedersachsen, das dafür verantwortlich ist, dass diese Fachkräfte nur 80%-Verträge bekommen und mit dieser Zwangsteilzeit automatisch von Altersarmut bedroht sind. Begründung für das Land, diesen Personen nur 80%-Verträge anzubieten, ist die Anwesenheitszeit der Schülerinnen und Schüler, die meist um 15 Uhr herum endet. Dass diese Fachkräfte aber zunehmend immer mehr Stunden auch nicht nur direkt „am Kind“ arbeiten, sondern in allen Gremien der Schule (Dienstbesprechungen, Konferenzen, Schulvorstand, Personalratsarbeit, Schulqualitätsentwicklung...) mitarbeiten, Elternarbeit leisten und im Rahmen der multiprofessionellen Teams Zeit zum Austausch mit den unterschiedlichen Professionen brauchen, macht es dringend erforderlich, nicht nur aus sozialen, sondern auch aus pädagogischen Gründen diese Verträge anzupassen.

Wir benötigen volle Verträge für alle pädagogischen und therapeutischen Fachkräfte in Förderschulen und der Inklusion!

Das Land Niedersachsen muss die Zwangsteilzeit für diese Berufsgruppen endlich beenden und der Altersarmut vorbeugen!

Wir fordern eine größere Wertschätzung für die wichtige Bildungs- und Erziehungsarbeit der pädagogischen und therapeutischen Fachkräfte!

Audi BKK

Zuhören ist unsere stärkste Leistung.



audibkk.de/zuhören

FRIEDENSZENTRUM BRAUNSCHWEIG stellt sich vor...

Krieg ist allgegenwärtig, und er wird nicht nur mit militärischen Mitteln geführt, sondern auch als Wirtschaftskonkurrenz im Kampf um Wasser und Böden, durch „ethnische Säuberungen“ oder als „Kampf der Kulturen.“ Daher pflegen wir ein vielseitiges Informations- und Diskussionsprogramm; vorwiegend in Vorträgen an jedem dritten Donnerstag in der VHS Alte Waage („Wege zu einer Kultur des Friedens“), aber auch mit Kundgebungen (Ostermarsch) oder Info-Ständen (am 1. Mai oder zum Anti-Kriegstag).

Der Kampf gegen Atomwaffen ist einer unserer Schwerpunkte: Den Flaggentag der MfP (Bürgermeister für den Frieden) begehen wir in der Dornse, und mit Kerzen auf der Oker gedenken wir der 1. Atomwaffeneinsätze in Hiroshima und Nagasaki.

Unsere Vorträge beleuchten den desolaten Zustand Europas: Spaltung in Arm und Reich bzw. Süd und Nord sowie den autoritär-populistischen Strömungen in West und Ost. Außerdem beschäftigen wir uns mit Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung als Alternative zu militärischen Auseinandersetzungen.

Wir suchen Verstärkung: Menschen jeden Alters, die bereit sind, sich für unsere Themen zu engagieren!

Adresse: Goslarsche Straße 93, 38118 Braunschweig

Sprechzeit: jeden Dienstag 16-18 Uhr

Mehr Informationen im Internet
unter www.friedenszentrum.info



Grafik: iStock

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

BEHINDERTENBEIRAT BRAUNSCHWEIG E.V.

stellt sich vor...



Der „BEHINDERTENBEIRAT BRAUNSCHWEIG e.V.“, bietet seit dem 01.01.2018 die „Ergänzende, unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB) an. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BAMG) und ist Bestandteil des neuen Bundesteilhabegesetzes (§32, SGB IX). Die Aufgabe der EUTB ist es, Menschen mit Behinderung und davon Bedrohte, sowie deren Angehörigen über Möglichkeiten zur Stärkung ihrer Rechte zu beraten. Dadurch soll eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben ermöglicht werden. Sie ist ausschließlich dem Ratsuchenden verpflichtet und soll seine Position, den Leistungsträgern und Leistungserbringern gegenüber, stärken. Die Beratung erfolgt niederschwellig von Betroffenen für Betroffene, nach der Methode des „Peer Counseling“. Sie ergänzt bestehende Beratungsangebote und erfüllt so eine Lotsenfunktion im gegliederten System, die vor der Beantragung von Teilhabeleistungen in Anspruch genommen werden kann.

Die Beratungsstelle befindet sich in der LEOPOLDSTR. 5 und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. (Haltestelle Friedrich-Wilhelm-Str.)

Kontakt: EUTB Leopoldstraße 5, 38100 Braunschweig,
E-Mail: info@eutb-bs.de, Fax: 0531-128708-19, www.eutb-bs.de



Frau Daniela Schostak
Telefon: 0531-128708-18
E-Mail: d.schostak@eutb-b.de



Frau Rebecca Günzel
Telefon: 0531-128708-17
E-Mail: r.guenzel@eutb-bs.de

Die beiden Mitarbeiterinnen stehen Ihnen kostenlos in allen Fragen rund um das Thema der Teilhabe zur Verfügung. Öffnungszeiten: Montag und Dienstag von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr und Donnerstag und Freitag von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr für Sie erreichbar.



ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

von Jürgen Reuter, Vorstand SV DGB-Braunschweig

Auf der 5. DGB-Bezirkskonferenz am 03.02.2018 in Hannover wurden u. a. ein umfangreiches Investitionsprogramm in öffentliche Strukturen und Personal - finanziert durch eine alternative Steuerpolitik - sowie die Unterstützung des Aufrufs aus der Friedensbewegung „Abrüsten statt aufrüsten“ (s. rechts) beschlossen.

Die weitere Aufrüstung steht auf dem Programm der neuen Bundesregierung. Die NATO-Vorgabe nach 2 % des Bruttozialproduktes (BIP) scheint in Stein gemeißelt. 75 Milliarden oder 20 % des Bundeshaushaltes für Waffen und Rüstung bedeuten immer weniger für Soziales, für Bildung, Wissenschaft und Umwelt.

Kann Deutschland gezwungen werden, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen?

Nein! Die NATO-Staaten haben sich zwar 2014 auf das 2-Prozent-Ziel verständigt. Sie können sich aber auch jederzeit wieder auf ein anderes Ziel verständigen. Es ist vor allem die Trump-Regierung, die vehement mehr Ausgaben für Rüstung einfordert.

Das angestrebte Ziel kommt einer Kriegserklärung an den „Sozialstaat“, an die 25 Prozent armen Kinder, an Schüler*innen und Studenten, an die Arbeitslosen und Rentner*innen gleich.

Die Menschen spüren die Gefahren der Aufrüstungspolitik sehr wohl. In allen Umfragen sprechen sich Mehrheiten von über 60 % gegen mehr Rüstung aus und für eine Politik der Verständigung statt der Konfrontation und Hochrüstung. Sieger und Verlierer der Hochrüstungspolitik sind klar. Die PESCO-Beschlüsse, kommentierte das Handelsblatt anerkennend, sind ein EU-Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie. Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger. Denn allein eine Erhöhung des deutschen Rüstungsetats auf 2 % des BIP bedeutet bis 2024 eine Verdoppelung dieses Haushaltspostens – 37 Mrd. Euro mehr als heute.

Es bleibt noch viel zu tun für die Kriegspropagandisten. Aber auch für die Friedensbewegung. Denn von den sechs Parteien im Bundestag sind fünf auf der Seite der Hochrüster und Kriegsbeschwörer. Der außerparlamentarische Auftrieb tut not. Deshalb keine DGB-Aktion mehr ohne Unterschriftenliste „Abrüsten statt aufrüsten“.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.
(Erich Kästner)



Manfred Kemper, immer dabei

Foto: Jürgen Schrader / DGB BS

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN | BESCHLUSS

Die 5. Ordentliche DGB Bezirkskonferenz hat am 03. Februar 2018 folgenden Antrag beschlossen:

Die DGB-Bezirkskonferenz fordert den DGB-Bezirksvorstand auf, die Initiative des Netzwerk Friedenskooperative „Abrüsten statt aufrüsten“ zu unterstützen.

Der DGB-Bezirk Niedersachsen Bremen Sachsen-Anhalt wirbt bei Mitgliedern und Bündnispartnern für die Unterstützung des Aufrufs „Abrüsten statt aufrüsten“.

Der DGB-Bezirk Niedersachsen Bremen Sachsen-Anhalt macht darüber hinaus zukünftig gemeinsam mit der Friedensbewegung und weiteren Bündnispartnern Druck zur Erreichung dieser Forderungen.

Die Konferenz fordert den DGB-Bundesvorstand auf, das Anliegen auf die Bundesebene zu transportieren.

Begründung:

In den Grundsatzprogrammen und Satzungen sowie in unzähligen Beschlüssen auf



den Kongressen der DGB-Gewerkschaften und auch des DGB auf allen Organisationsebenen finden sich die Überzeugung und die Aufgabe für die Demokratie und den Frieden einzutreten wieder. In den Einzelgewerkschaften gibt es immer wieder – auch anlassbezogen – Aktivitäten und Arbeitsgruppen zu diesen The-

men. Gerade die Angriffe auf unsere demokratische Grundordnung durch Rechtspopulisten und dort zuzuordnende Gruppierungen und auch auf die Demokratie in Europa machen es notwendig, sichtbare Zeichen für die Stärkung der Demokratie als Element einer aktiven Friedenspolitik zu setzen.

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

**Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben
– Abrüsten ist das Gebot der Stunde**



Leisten Sie sich mehr. Zum Beispiel mehr Übersicht.

Jetzt aus vielen Krediten
einen besseren machen.

Mehr Übersicht mit unserem Ratenkredit –
dank einer niedrigen Rate, längeren Laufzeiten
und einem günstigen Zinssatz.

ab 2,99 %
effektivem
Jahreszins¹



Filialen

Kommen Sie vorbei – wir beraten Sie gern.
Terminvereinbarung: 0531 212-859559



Online

Besuchen Sie uns im Internet:
www.vwfs.de/ratenkredit



Telefon

Rufen Sie uns an – wir beantworten
Ihre Fragen: 0531 212-859504
Mo. – Fr.: 8.00 – 20.00 Uhr
Sa.: 9.00 – 15.00 Uhr

¹ Zinssatz ist bonitäts- und laufzeitabhängig. Repräsentatives Berechnungsbeispiel: Nettodarlehensbetrag (Kreditbetrag) 6.000,- Euro; Sollzinssatz (gebunden) 3,92 % p. a., effektiver Jahreszins 3,99 %, Vertragslaufzeit 84 Monate; Gesamtbetrag 6.870,36 Euro, 84 monatliche Raten à 81,79 Euro; Stand: Februar 2018.